

2. Entwurf des Leitantrages an den 12. Landesparteitag der LINKEN Sachsen (Achtung! Neue Zeilennummern)

DIE LINKE 2015 – wo wir stehen und worauf wir aufbauen können

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung am 10. Juli 2015

- Beschluss:**
1. Der Landesvorstand diskutierte die Änderungsvorschläge und entscheidet über die Vorschläge bzw. Anträge in Einzelabstimmungen.
 2. Die Vorschläge und Anträge, die nicht vom Landesvorstand übernommen werden, sind mit den AntragstellerInnen bzw. VorschlaggeberInnen rückzukoppeln, um eine evtl. Einreichung an den Landesparteitag zu klären.

Begründung:

Mit dem Beschluss B 4 – 287 hat der Landesvorstand einen Fahrplan für die weitere Strategiedebatte beschlossen und die vier EinreicherInnen mit dem Verfassen des Leitantrages beauftragt. Als Grundlage des vorgelegten Papiers dienen, wie auch im Leitantrag ausgeführt, die zahlreichen Zuschriften zur Woche der Zukunft sowie der Strategiedebatte der LINKEN Sachsen - zu finden unter www.dielinke-sachsen.de/strategiedebatte. Auch die vielen Debatten auf Regionalkonferenzen und in Gremien nach der Landtagswahl 2014 wurden ins Papier mit aufgenommen.

Mit dieser umfassenden Diskussionsgrundlage steigen wir in die direkte Vorbereitung des 12. Landesparteitages ein und hoffen auf eine faire und konstruktive Debatte, die das vorliegende Dokument qualifiziert und der Heterogenität unseres Landesverbandes gerecht wird.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung bei www.dielinke-sachsen.de; Parteitagsvorbereitung

weitere Maßnahmen: Versendung des Beschlusses an die Gliederungen sowie Abdruck in der Links!; Versenden an die Delegierten des Landesparteitages

Den Beschluss sollen erhalten: Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

Abstimmungsergebnisse zu einzelnen Änderungsanträgen laut Protokoll der Landesvorstandssitzung.

F.d.R.

Dresden, 17. Juli 2015



Antje Feiks
Landesgeschäftsführerin

1 **0. Einleitung**

2 Das Abschneiden der LINKEN bei Wahlen auf Landes- und Bundesebene war zwischen 2009 und 2014
3 flächendeckend in ganz Deutschland nahezu durchgehend von einem Absinken unserer Wahlergebnisse
4 gekennzeichnet. Das Spektrum dieser Entwicklung reichte dabei in diesem Zeitraum in den Ländern von
5 einem relativem Anstieg bei gleichzeitigem absolutem Stimmenverlust in Thüringen bis hin zum Absinken
6 unserer Ergebnisse über die Halbierung hinaus zum Beispiel in Niedersachsen und Schleswig-Holstein.
7 Auf Bundesebene erreichten wir nur noch drei Viertel unserer Wähler_innen. Die Wahlen 2015 in den
8 Stadtstaaten Bremen und Hamburg mit dem Anwachsen der Ergebnisse der LINKEN sind ein Hoffnungs-
9 zeichen.

10 Die Zahl der Mitglieder in unserer Partei sank im Zeitraum 2009 - 2014 von 78 Tausend auf ca. 60 Tau-
11 send, diese Tendenz zeigt sich bundesweit in allen Landesverbänden.

12
13 Deshalb wird seit den vergangenen Wahlen auf Landes- und Bundesebene 2013/14 in unserer Partei
14 intensiv über die Ausrichtung unserer Partei diskutiert. Dabei stehen vor allem die Fragen in der Debatte,
15 wie und mit welcher Schwerpunktsetzung wir unser politisches Profil als linke Partei gesellschaftlich
16 wirksam vertreten und welche innerparteilichen Veränderungen für erfolgreiches politisches Handeln
17 notwendig sind.

18
19 Ausdruck und (Zwischen-)Ergebnis dieser Diskussionen ist vor allem die auf das Wahljahr 2017 und dar-
20 über hinaus orientierte Kampagne der Bundespartei „Das muss drin sein!“, mit der prekäre Arbeits- und
21 Lebensbedingungen thematisiert und bekämpft werden sollen. Diese Kampagne bietet für die weitere
22 Arbeit des Landesverbandes Sachsen eine wesentliche Grundlage.

23
24 Einen weiteren wichtigen Meilenstein bei der strategischen Neuaufstellung unserer Partei DIE LINKE bil-
25 den die Diskussionen und Anregungen, die auf der „Woche der Zukunft“ der Bundesebene stattgefunden
26 haben. Die Vielfalt und teilweise auch Gegensätzlichkeit einiger Ergebnisse und Vorschläge entspricht
27 dem Charakter unserer Partei als Mosaik verschiedener linker Ansätze und Konzepte, der bewahrt wer-
28 den muss. Die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger haben mit ihrem Manifest „Die
29 kommende Demokratie: Sozialismus 2.0. Zu den Aufgaben und Möglichkeiten einer Partei der Zukunft im
30 Europa von Morgen“ wichtige Orientierungen für die weitere Arbeit gegeben.

31
32 Die gesamte LINKE diskutiert und arbeitet an ihrer Weiterentwicklung. So auch DIE LINKE. Sachsen. Den
33 intensiven und offenen Diskussionen über die programmatische und strategische Herangehensweise an
34 die Landtagswahlen 2014 entspricht die breit angelegte und flächendeckende Diskussion über die Er-
35 gebnisse und die notwendigen Schlussfolgerungen. Diese Debatten- und Beteiligungskultur ist zu einem
36 bewahrenswerten Markenzeichen unseres Landesverbandes geworden. In diesem Text werden die we-
37 sentlichen Ergebnisse dieser kontroversen Debatten, die auf mehreren Regionalkonferenzen, gemeinsa-
38 men Beratung von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand, auf zwei Strate-
39 giekonferenzen, in zahlreichen Kreis- und Ortsverbänden sowie Zusammenschlüssen geführt wurden und
40 die in zahlreichen schriftlichen Diskussionsbeiträgen zum Ausdruck kommt als Grundlage der weiteren
41 Arbeit aufbereitet. Damit wird der strategische Rahmen für die bevorstehenden Jahre gegeben und dem
42 Wunsch Rechnung getragen, uns über unsere gemeinsame strategische Ausrichtung und unsere gemein-
43 samen Handlungsfelder zu verständigen.

44 Der Landesvorstand wird beauftragt, auf Grundlage dieses Beschlusses sein Arbeitsprogramm zu erstel-
45 len.

46

47 1. Grundlagen

48 Als sozialistische Partei streben wir nach sozialer Sicherheit, sozialem Zusammenhalt und sozialer Ge-
49 rechtigkeit für alle Menschen. Dies ist für uns kein Selbstzweck. Schon Marx definierte das Ziel des So-
50 zialismus als Assoziation freier Menschen, in der „die Freiheit des einzelnen zur Grundbedingung der
51 Freiheit aller“ sei. Unser Einsatz für das Soziale in der Gesellschaft zielt deshalb darauf ab, die freie Ent-
52 faltung eines jeden Menschen frei von Zwängen und Abhängigkeiten zu ermöglichen. Dem Leitansatz der
53 Freiheit trägt deshalb auch DIE LINKE in ihrer Programmatik Rechnung.

54

55 1.1. Erfurter Programm

56 Die wichtigste Grundlage für alle Strategien unserer Partei bildet das Erfurter Programm. Davon ausge-
57 hend steht DIE LINKE:

58 *„für eine andere, demokratische Wirtschaftsordnung*

59 *- für einen sozial-ökologischen Umbau*

60 *- für ein Recht auf gute, existenzsichernde Arbeit*

61 *- für eine inklusive Gesellschaft*

62 *- für eine gerechte Verteilung aller Arbeiten zwischen den Geschlechtern*

63 *- für ein Leben in sozialer Sicherheit*

64 *- für eine armutsfeste solidarische Rente für alle*

65 *- für eine solidarische Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege*

66 *- für gute, gebührenfreie und für alle zugängliche Bildung von der Krippe über Ausbildung und Studium bis
67 zur Weiterbildung*

68 *- für kulturelle Vielfalt und die Teilhabe aller am kulturellen Reichtum der Gesellschaft, für kulturelle Bil-
69 dung von Anfang an*

70 *- für ein gerechtes Steuersystem*

71 *- für die Durchsetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit*

72 *- für die Überwindung jeglicher Form der Diskriminierung*

73 *- für einen Neustart der Europäischen Union*

74 *- für Frieden und Abrüstung, gegen Imperialismus und Krieg*

75 *- für internationale Solidarität und Kooperation zur Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen“*

76

77 Diese 16 Hauptkampfziele der LINKEN sind in der Präambel des Erfurter Programms zusammengefasst
78 und richten linke Politik auch unterhalb der Bundesebene aus. Diese 16 Ziele wiederum werden von drei
79 programmatischen Grundideen geprägt:

80

81 *- „Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch sozial gleiche Teilhabe an
82 den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität – das gilt uns als erste Leitidee einer
83 solidarischen Gesellschaft. Darin ist die Dominanz des Profits überwunden, und verlässliche und gute Le-
84 bensbedingungen für alle sind das Ziel des Wirtschaftens.*

85 *- Unterordnung der Wirtschaft unter die solidarische Entwicklung und den Erhalt der Natur – das betrach-
86 ten wir als zweite Leitidee. Sie erfordert einen sozial-ökologischen Umbau zu nachhaltiger Entwicklung
87 anstelle profitorientierten Wachstums.*

88 - *Die Verwirklichung dieser beiden Dimensionen ist ein längerer emanzipatorischer Prozess, in dem die*
89 *Vorherrschaft des Kapitals durch demokratische, soziale und ökologische Kräfte überwunden wird und*
90 *die Gesellschaft des demokratischen Sozialismus entsteht.*“

91 1.2. Die Kampagne „Das muss drin sein“

92 Mit der Kampagne "Das muss drin sein" hat sich DIE LINKE viel vorgenommen: prekäre Arbeits- und Le-
93 bensbedingungen sollen thematisiert und bekämpft werden.

94 10 Jahre nach der Agenda 2010 feiert die Bundesregierung die angeblichen "Erfolge". Aber wie sehen die
95 aus? 25 Prozent der Beschäftigten arbeiten in prekären Jobs, oft zu Niedriglöhnen! Ein Drittel der Bevöl-
96 kerung wird in prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse gedrängt. Prekär heißt "unsicher" und "unplan-
97 bar". Für Viele ist das inzwischen ganz normal geworden: mit dem Lohn nicht über die Runden zu kom-
98 men, auch weil Miete, Energieversorgung und das Leben insgesamt immer teurer werden. Wer neu ins
99 Berufsleben einsteigt, landet in Schleifen befristeter Verträge oder in Werkverträgen ohne Sozialversiche-
100 rung. Viele Menschen arbeiten in unfreiwilliger Teilzeit und in Minijobs, während andere unter Überstun-
101 den und Dauerstress leiden. Ob auf der Suche nach Arbeit, dem nächsten Projekt oder weil die Arbeit
102 nicht enden will: die Zeit für Freundinnen und Freunde, für die Familie wird weniger. Wer sich un- oder
103 unterbezahlt um Kinder, Kranke oder pflegebedürftige Menschen kümmert, gerät schnell an die Belas-
104 tungsgrenzen. Besonders die Folgen des politisch erzeugten Kostendrucks und Personalmangels in Kran-
105 kenhäusern und Pflegeeinrichtungen belasten viele Menschen. In einem reichen Land werden immer
106 mehr Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt, ihnen wird der gleiche Zugang zu guter Arbeit,
107 Wohnungen, Gesundheitsversorgung und Bildung versperrt. Erwerbslose werden durch die Sanktionen
108 der Jobcenter gegängelt. Menschen mit Behinderungen arbeiten in Werkstätten für Niedriglöhne - für sie
109 gilt der Mindestlohn nicht! Besonders prekär ist auch die Situation von Flüchtlingen, die um ihr Bleibe-
110 recht kämpfen müssen.

111 Soziale Sicherheit ist für uns kein Selbstzweck. Sie ist der notwendige Rahmen für ein Leben in Men-
112 schenwürde und zur freien Entfaltung eines jeden Menschen. Ausgehend von der Grundidee des Erfurter
113 Programmes, für gesellschaftliche Verhältnisse zu kämpfen, in denen „individuelle Freiheit und Entfaltung
114 der Persönlichkeit für jede und jeden durch sozial gleiche Teilhabe möglich sind, setzen wir uns für die
115 Interessen all jener ein, die immer weniger Anteil am wachsenden gesellschaftlichen Reichtum haben.

116 Das prekäre Leben hat viele Gesichter - gemeinsam haben viele Menschen, dass der Alltag immer mehr
117 zu einer Zumutung wird und sich die Zukunft immer weniger planen lässt! Es sind die persönlichen Erfah-
118 rungen vieler Menschen, aber es ist ein gesellschaftliches Problem: Prekarität ist längst fester Bestandteil
119 des flexiblen Kapitalismus geworden. Wenn die Bundesregierung vom deutschen Erfolgsmodell spricht,
120 dann sind damit auch prekäre Jobs und die unsoziale Kürzungspolitik gemeint!

121 Wir wollen diese Zumutungen des prekären Arbeitens und Lebens nicht einfach hinnehmen, wir wollen
122 uns gemeinsam wehren! Wir wollen eintreten für einen barrierefreien und inklusiven Arbeitsmarkt, barrie-
123 refreien sozialen Wohnraum, barrierefreie Gesundheitsversorgung und inklusive Bildung. Das und das ist
124 unsere Überzeugung kommt am Ende allen Menschen zugute. Inklusion geht uns alle an und wir alle pro-
125 fitieren von einer Gesellschaft, in der individuelle Bedürfnisse geachtet werden und Vielfalt wertvoll ist.

126

127 1.3. Manifest „Die kommende Demokratie: Sozialismus 2.0“

128 Für die kommende Demokratie, für den Einstieg in den Ausstieg aus dem Krisenkapitalismus sind in die-
129 sem Sinne mindestens die folgenden aufgeführten Politikfelder und Einstiegspfade entscheidend:

130

131 1. Kürzer, gerecht verteilt, kollektiv selbstbestimmt - Die Arbeit der Zukunft dreht sich um das Leben

132 2. Unser Plan B beginnt mit Wirtschaftsdemokratie und sozial-ökologischer (Energie-)Wende

133 3. Eine Offensive fürs Öffentliche - auf dem Weg zu einem Infrastruktur-Sozialismus

134 4. Eine neue Commune - für die Demokratisierung der Kommunen und das Recht auf Stadt

135 5. Europa braucht eine demokratische Revolution

136

137 Diesen fünf Politikfeldern, die im Manifest von Kipping und Riexinger weiter untersetzt sind, folgen drei
138 konkrete Aufgaben, denen sich die Partei stellen soll:

139

140 1.3.1 Wir sollten die Machtfrage auf allen Ebenen stellen.

141 Um gesellschaftliche Macht aufzubauen und den Kampf für eine andere Hegemonie irgendwann gewin-
142 nen zu können, braucht es eine emanzipatorische Klassenpolitik 2.0. Denn Klassenkämpfe (...) sehen
143 heute anders aus. Sie sind zugleich Kämpfe um Geschlechtergerechtigkeit, gegen Rassismus und für
144 globale Solidarität, für Klimagerechtigkeit und eben globale Demokratie. Die Partei muss sich daher auch
145 kulturell öffnen für andere Identitätskonzepte und die Themen all derjenigen, die in ihrem Leben mehr
146 sein wollen als nur fleißige Ameisen im Standort Deutschland.

147 Träger einer Demokratisierung von Unten könnte in diesem Sinne ein Bündnis bestehend aus Erwerbslo-
148 sen, Prekarisierten, Beschäftigten, insbesondere den wachsenden Beschäftigtengruppen im Bildungs-,
149 Gesundheits- und Pflegebereich sowie den urbanen linken Milieus und der neuen europäischen Generati-
150 on sein. Ja in Europa ist inzwischen eine Generation herangewachsen, für die es eine Selbstverständlich-
151 keit ist, Europa grenzüberschreitend zu leben. Viele von ihnen leiden jedoch unter der herrschenden EU-
152 Politik. Damit solch ein Bündnis gelingt, sollten wir klar haben, für wen und zu wem wir sprechen. Und
153 das ist weniger die veröffentlichte Meinung, als diejenigen, die sich nicht mehr repräsentiert fühlen.

154

155 1.3.2. Für Organizing und neue Agenten des Gemeinsamen

156 Eine emanzipatorische Hegemoniepolitik, eine neue populäre Linkspolitik brauchen sowohl eine neue
157 Sprache wie eine neue Konfliktfähigkeit - auch bei der LINKEN. Wir müssen in der Lage sein, Kämpfe zu
158 verbinden, Konflikte auszuhalten und gemeinsame Perspektiven zu entwickeln. Es braucht Agenten des
159 Gemeinsamen, die im Bewusstsein der Unterschiede und Ungleichzeitigkeiten an pragmatischen Lösun-
160 gen arbeiten. Das heißt nicht zuletzt auch den Sound der Straße hören und immer wieder neu sprechen
161 zu lernen. Deswegen schlagen wir - in der Tradition der "Kümmererpartei" - eine Offensive des Zuhörens
162 vor, in der z.B. Offene Büros unserer Partei als Foren für soziale Bewegungen und Anlaufpunkte für ein
163 Organizing in den Stadtteilen und Kommunen dienen können, um gemeinsam Solidarität, Willkommens-
164 kultur und die Selbstermächtigung im Alltag zu stärken. Damit könnten wir auch unsere Kampagnenfä-
165 higkeit vor Ort stärken.

166 Darüber hinaus müssen wir als Partei die Möglichkeiten der digitalen Gesellschaft besser nutzen. Über
167 das Internet können wir von der Meinungsmacht der Medien unabhängiger werden und zugleich seiner
168 dunklen Seite, den Verschwörungstheorien und Hetzportalen, mit eigenen Angeboten und Argumenten
169 entgegen treten. (...)

170

171 1.3.3. Laboratorien der Zukunft schaffen.

172 Die Zukunftswoche kann ein Anfang sein für die gemeinsame Diskussion über die Zukunftsträume, die
173 linken Alternativen und Strategien, über die Partei der Zukunft. Lasst uns anhand der fünf Themenachsen,
174 die je unterschiedliche Bündelungen der Kämpfe um die Zukunft sind, Laboratorien der Zukunft schaffen,

175 in denen wir uns vernetzen und unsere Ideen zu ausstrahlungskräftigen Projekten und Strategien weiter
176 entwickeln. (...)

177 Die Partei der Zukunft sind wir alle. Wir sind nicht nur schon anders als die anderen Parteien, wir wollen
178 uns in Zukunft noch deutlicher von den verschiedenen parteipolitischen Varianten der Postdemokratie
179 unterscheiden. Dazu braucht es aber nicht zuletzt eines: Eure Beteiligung. Denn nur als aktive Mitglieder-
180 partei können wir auch außerhalb von Wahlkämpfen die geplanten Kampagnen umsetzen, die nötigen
181 Kämpfe führen und unsere Verankerung im Alltag der Menschen verbreitern. Es gibt bereits viele ver-
182 schiedene Bereiche in der Partei und Leuchtturmprojekte wie die offenen Büros linXXnet und RedroXX
183 oder die Diskussionszusammenhänge zum Plan B, bei denen eine breite Beteiligung erwünscht und mög-
184 lich ist. Solche Laboratorien der Zukunft wollen wir noch deutlich ausbauen und so Möglichkeiten einer
185 praktischen Beteiligung schaffen.

186

187 **2. Wo Sachsen steht, wo wir stehen?**

188 Selbstbestätigung ist wohlthuend, allein: Sie nützt selten. Selbstbeschäftigung hingegen hilft meistens,
189 solange sie konstruktiv bleibt und nicht ausufert. Wir müssen sie uns gönnen, aber in fruchtbarer Form.
190 Der „*immense konzeptionelle, programmatische, theoretische, strategische Rückstand gegenüber den rea-*
191 *len gesellschaftlichen Prozessen im Land*“, der unsere gesamte Partei heute prägt (Peter Porsch), sollte
192 uns treiben – aber nicht in die Resignation, sondern zur Suche nach neuen Antworten. Folgen wir dabei
193 Marx' Forderung: „*An allem ist zu zweifeln*“ – auch an uns selbst.

194 Strategie heißt: Ein Ziel entwerfen und den Weg, der zu ihm führt. Sie hängt ab von eigenen Möglichkei-
195 ten und äußeren Einflüssen. Eine gute Strategie bleibt deshalb flexibel: denn Strategie ist auch „*ein Sys-*
196 *tem von Aushilfen*“, wenn die so gut geplanten Vorhaben nicht aufgehen. Fragen wir nicht nur: Welches
197 Programm sollen wir vertreten? Sondern vor allem: Wie dringen wir damit durch? An diesen Debatten
198 *können* wir scheitern. Vermögen wir es aber nicht, Gedanken und Ideen zu diskutieren, ohne sie zu etiket-
199 tieren, ohne auf ihre Urheber zu schauen, sind wir schon gescheitert.

200 Die Geschichte, auch unsere, ist offen und endlos. Sie wächst organisch. Der Weg zu einer neuen Gesell-
201 schaft folgt keiner Landkarte. An manchen Stellen werden wir Chancen finden, ihn zu beeinflussen: an
202 den Sollbruchstellen, den systemsprengenden. Elemente der neuen Verhältnisse sind im Schoß der alten
203 vorhanden. Fangen wir an, sie zu suchen. Die Zukunft trifft uns. Gewinnen wir sie!

204 **Sachsen 2015: Eine erstarrte Gesellschaft?**

205 **Der schwarze Block ruht noch – auf vielen Pfeilern**

206 Im 25. Jahr der Einheit bietet Sachsen ein widersprüchliches Bild. Der Freistaat kann, wenigstens im Ver-
207 gleich der ostdeutschen Bundesländer, durchaus Erfolge verzeichnen. Wirtschaftliches Wachstum, sin-
208 kende Arbeitslosigkeit, niedrige Staatsverschuldung – vielen Sächsinen und Sachsen stellt sich die wirt-
209 schaftliche Lage als solide dar. Aber bei weitem nicht allen. Kehrseiten der guten Kennzahlen sind min-
210 destens die langjährige Niedriglohnstrategie, die Prekarisierung der Arbeits- und vieler Lebenswelten,
211 eine kleinteilige Wirtschaftsstruktur und das Unvermögen, zum Produktionsniveau Westdeutschlands
212 aufzuschließen. Die relative wirtschaftliche Prosperität hat sich – innerhalb kapitalistischer Produktions-
213 verhältnisse wenig verwunderlich – keineswegs mit allgemeiner sozialer, kultureller oder Bildungsprospe-
214 rität verbunden. Bei den meisten sozialen Standards liegt Sachsen nach wie vor unter dem Bundesdurch-
215 schnitt, der Anteil armer Menschen an der Bevölkerung ist höher als in allen westdeutschen Bundeslän-
216 dern. Trotz alledem wirken die politischen Verhältnisse wie versteinert. Weshalb?

217 Die Schaffung rechtlicher, politischer und ökonomischer Strukturen im Freistaat ist nach einem Viertel-
218 jahrhundert weitestgehend abgeschlossen. Auch deshalb sind die meisten großen landespolitischen
219 „Schauplätze“ prinzipiell befriedet. Streit entzündet sich an Prozessen des Substanzverzehr, die aus der
220 rigiden Sparpolitik bei gleichzeitiger Rücklagenhäufung folgen, an Ideenlosigkeit und an sehenden Auges
221 verpassten Zukunftschancen. Grundsatzdebatten abseits (haushalts)politischer Detailentscheidungen
222 finden dennoch kaum statt. Auch Oppositionspolitik erschöpft sich meist in Forderungen nach „Mehr!“,
223 seien es Haushaltsmittel, Haushaltsstellen oder „gestaltende Konzepte“.

224 Die CDU bleibt seit 25 Jahren die mit Abstand stärkste Partei. „König Kurt“ Biedenkopf führte bis 2002
225 drei Alleinregierungen. *„Er legte den Grundstein für die landespolitische Identität Sachsens, die für alle
226 Parteien der Landespolitik einen unhintergehbaren politischen Diskursrahmen schuf“* (Benjamin Hoff/Horst
227 Kahrs). Laut Bernhard Honnigfort war Biedenkopf auch erfolgreich, weil er *„als geschickter Psychologe
228 den alten Glanz Sachsens hervorkramte, um in schwierigen Übergangsjahren neue Identität zu stiften. Er
229 packte die Sachsen bei ihrem Stolz: Wenn sie den Aufbau nicht schafften, wer denn bitteschön dann in
230 Ostdeutschland?“* Wahrscheinlich prägte „Biko“ so vor allem die Generation der heute „Mittelalten“, de-
231 ren Zuspruch zur LINKEN im Vergleich zu anderen Altersgruppen besonders gering ausfällt. Da dieses
232 Phänomen jedoch in allen neuen Bundesländern zu beobachten ist, reicht diese Erklärung dafür selbst-
233 verständlich nicht aus. Zu Fall gebracht wurde der „Ur-Landesvater“ durch Affären und Skandale, in die er
234 persönlich involviert war. Ihm folgte der Finanzexperte und technokratischer regierende Georg Milbradt,
235 der 2004 eine erste Koalition mit der SPD einging und im Mai 2008 seinen Hut nehmen musste – wegen
236 seiner Verstrickung in die Sachsen LB-Affäre.

237 Ernste Funktionsstörungen im CDU-Getriebe beruhten mithin weniger auf Protesten gegen landespoliti-
238 sche Fehlentscheidungen, sondern resultierten aus parlamentarischem und juristischem Aufklärungs-
239 streben, bei dem sich etwa der damalige SPD-Landtagsabgeordnete Karl Nolle Verdienste erworben hat.
240 Sein Versuch, mit Verweis auf dessen bigotten Umgang mit der eigenen Biografie den amtierenden Minis-
241 terpräsidenten Stanislaw Tillich anzugreifen, scheiterte allerdings. Weitere große Skandale – wie jene um
242 den „Sachsensumpf“, der Funktionslogiken der Machteliten im Kern berührte, oder um das Versagen der
243 Sicherheitsbehörden gegenüber dem NSU-Terror – hat die CDU-Herrschaft nahezu unbeschadet über-
244 standen. Tillich spielt derweil noch weniger als seine Vorgänger die Rolle eines Impulsgebers, sondern

245 inszeniert sich als verwaltender „Landesvater“ in vermeintlich ruhigen Fahrwassern. Die gewachsenen
246 Strukturen des schwarzen Monolithen funktionieren auf Landesebene und im ländlichen Raum weitge-
247 hend wie ein Uhrwerk. Das hat viele Gründe.

248 Vor allem zu nennen ist der immerfort reproduzierte Gründungs- oder „Sachsen-Mythos“, den die CDU
249 nach 1990 unter Federführung Biedenkopfs festsetzte. Dazu hat sie sich teilweise der Landesgeschichte
250 bemächtigt. Neben Appellen an das „Sachsengefühl“, anknüpfend auch an die Industrie- und Bergbauges-
251 chichte des Freistaates, ist vor allem die „Friedliche Revolution“ Dreh- und Angelpunkt opportunistischer
252 Umdeutungen. Kern ist die Erzählung, die Umwälzung nach 1989 sei von Sachsen ausgegangen und nicht
253 von Berlin oder gar von Moskau, also dem Scheitern der Sowjetunion und des „sozialistischen Weltsys-
254 tems“. Weniges vermag dies besser zu illustrieren als die Episode, dass die Rede von Bundeskanzler
255 Helmut Kohl vor der Ruine der Frauenkirche am 19. Dezember 1989 (*„Mein Ziel bleibt, wenn die ge-
256 schichtliche Stunde es zulässt, die Einheit unserer Nation“*) inzwischen mit einer Gedenktafel gewürdigt
257 wird. Deren Aufstellung kommentierte der sächsische CDU-Bundestagsabgeordnete Arnold Vaatz mit der
258 irrwitzigen Behauptung, die Rede sei *„der entscheidende Schritt zur Wiedervereinigung“* gewesen. Die
259 Wiedererrichtung der Frauenkirche kann indes als eigene Quelle des „Sachsen-Mythos“ gelten. Sie steht
260 symbolisch für die Aufbauleistung, für Verdienste, die viele Christdemokrat*innen forsch für sich rekla-
261 mieren. Gleichzeitig ignorieren sie konsequent die Verantwortung der ehemaligen „Blockparteien“ und
262 zeichnen undifferenziert „die Wende-Bürgerrechtler“ dafür aus, dass sie den Aufbau Sachsens vorange-
263 trieben und es zum Vorreiter gemacht hätten – mit starker Wirtschaft, politischer Stabilität, einer florie-
264 renden Bildungs- und Kulturlandschaft. „Ganz wie in alten Zeiten!“, schließt sich der Kreis zu Bie-
265 denkopf'schen Reminiszenzen. Dass die DDR-Eliten überwiegend gegen importiertes westdeutsches Per-
266 sonal getauscht wurden, wird indes verschwiegen.

267 Ein weiterer Pfeiler sind geschickt dosierte Wohltaten für wichtige gesellschaftliche Teilgruppen, deren
268 Widerständigkeit somit prophylaktisch gebrochen wird. Diese Maßnahmen liefern erneut vortreffliches
269 Futter für Inszenierungen nach dem Prinzip: Sachsen investiert X € in Y und ist „zukunftsfest“. Auch so
270 gelang es der CDU, das (Selbst)Bild vom Freistaat als „Primus des Ostens“ zu zeichnen – als Ablenkung
271 von der eher mittelmäßigen Stellung, die Sachsen ansonsten bundesweit einnimmt. *„Dieses Wir-Bild nach
272 dem Motto ‚Sachsen sind die Besten‘ führt zu einer beträchtlichen kollektiven Selbstüberschätzung einer-
273 seits und Ausgrenzungserscheinungen andererseits“* (Gerhard Besier). Der Mythos wird ständig kultiviert,
274 etwa in Regierungserklärungen. Dort werden reale Probleme regelmäßig mit patriotischen Parolen,
275 Selbstlob und bräsiger Feierlichkeit übergossen, stets unter direkter Adressierung „der Sachsen“ – *„Heu-
276 te ist unsere Heimat schöner und lebenswerter denn je, und wir sind ein gutes Stück in Richtung Spitze
277 vorangekommen“* (Stanislaw Tillich). Im – überspitzt formuliert – „größten Freistaat Sachsen der Welt“
278 verfängt derlei weiter, obwohl etwa Thüringen und teilweise auch Brandenburg bei diversen Indikatoren
279 besser abschneiden.

280 Der „Sachsen-Mythos“ erweist sich als außerordentlich stabiles, weil die Mehrheitsbevölkerung emotio-
281 nal involvierendes Machtinstrument. Es entsteht die Fiktion einer „heilen Welt“, in der Bedrohungen stets
282 als fremdverursacht gelten. Zusätzliche Stützen der christdemokratischen Herrschaft sind neben eher
283 „soften“ Machttechniken auch Vetternwirtschaft, gesteuerte Ämtervergabe, Duckmäusertum und Katz-
284 buckeln von vielen, die im Freistaat „etwas werden“ wollen. Hinzu kommt nicht zuletzt der – mit Hilfe der
285 CDU-nahen Politikwissenschaft gepflegte – Anti-„Extremismus“-Konsens, dessen exzessive Durchsetzung
286 immer wieder die Grundrechte in Gefahr bringt („Sächsische Demokratie“). Begonnen hat auch das vor

287 25 Jahren, etwa mit schwarzen Listen für „systemnahe“ DDR-Wissenschaftler*innen, die gnadenlos aus
288 der Hochschullandschaft gefegt wurden.

289 Allerdings knüpfen Sachsens Christdemokrat*innen bei weitem nicht mit allen Machttechniken an histo-
290 rische Bezüge an. Sie nutzen vor allem während ihrer Wahlkämpfe die Strategie der „asymmetrischen
291 Demobilisierung“. Durch den weitgehenden Verzicht auf polarisierende Aussagen ebenso wie durch be-
292 wusste inhaltliche Beliebigkeit werden gegnerische Lager „eingeschläfert“. An die Stelle pointierten,
293 „kantigen“ Agierens treten Personalisierung, Emotionalisierung, Technokratismus, die sämtlich ein offen-
294 sichtliches Angriffspotential vermissen lassen. Das wohlige Gefühl gesicherter Verhältnisse kann indes
295 am besten vermitteln, wer nicht nur über einen langjährigen „Amtsbonus“ verfügt, sondern auch glaub-
296 würdig behaupten kann, für Stabilität zu sorgen. So inszeniert sich die CDU als „das Original“ in Wirt-
297 schafts- und Finanzfragen, postuliert Verlässlichkeit und Kontinuität. Ihre scheinbar unangefochtene Do-
298 minanz begünstigt ihre letztlich obrigkeitstaatliche Attitüde, sich im Normalfall kaum für die eigene Poli-
299 tik rechtfertigen zu müssen. Der Kollateralschaden, den das Regierungssystem durch diesen Stil erleidet,
300 lässt sich als Verödung, als De-Politisierung beschreiben: Auseinandersetzungen bleiben entweder im
301 Austausch oberflächlicher Meinungsbekennnisse oder in Detailfragen verhaftet, die den Perspektiven
302 der Mehrheitsbevölkerung entrückt sind.

303 An der Stärke der „bürgerlichen Mehrheit“ in Sachsen – die nur 2004 episodisch unter Druck geriet – hat
304 sich bis heute also wenig geändert. Allerdings lassen sich inzwischen Verschiebungen ihrer inneren Kräf-
305 teverhältnisse beobachten. Ihr Spiegelbild ist die traditionelle Schwäche des „linken Lagers“ von
306 PDS/LINKEN, SPD und Grünen. Kleinere Koalitionspartner, die der CDU willfährig zur Mehrheit verhelfen,
307 scheitern trotz gewisser Zugeständnisse regelmäßig an der Verhinderungsmacht des Stärkeren. Ihnen –
308 wie aktuell der SPD – bleibt die Rolle der Scheinkorrektiv am Kabinetttisch. Sie mögen kleiner Erfolge
309 und Korrekturen der CDU-Politik bewirken, bleiben jedoch in klaren Machtverhältnissen innerhalb der
310 Koalition vor allen Dingen Garant für eine parlamentarische Mehrheit zur Bestätigung der seit der Wende
311 ununterbrochenen CDU Politik.“

312 Die gesellschaftliche Hegemonie der „neuen Staatspartei“ CDU, deren Einfluss weit in Subsysteme wie
313 Wirtschaft, Verwaltung, Medien, Kultur oder Wissenschaft reicht, scheint unverändert stabil. Angehörige
314 der größten sächsischen Partei führen weiter in allen Landkreisen das Zepter, sie stellen auch die größte
315 Gruppe der Bürgermeister*innen in den Städten und Gemeinden. In beinahe allen Wahlkreisen fällt das
316 Direktmandat für den Landtag fast wie selbstverständlich an christdemokratische Kandidierende. So
317 gewinnt die größte Fraktion einen entscheidenden Vorteil: Viele ihrer Abgeordneten bleiben von der par-
318 lamentarischen Arbeit relativ unbehelligt, die Regierungsfaktionen ohnehin weniger fordert als Oppositi-
319 onsfaktionen. Umso freier können sie an ihrer Verankerung im Wahlkreis arbeiten.

320 Die Vorherrschaft der Konservativen ruht mithin auf einer breiteren Basis als jener, die durch ein anderes
321 Landtagswahlergebnis unmittelbar oder kurzfristig zu kippen wäre. Ein solches wäre der notwendige ers-
322 te, aber längst nicht der letzte Schritt. Der „sanfte Verschleiß des Hegemons“ (Benjamin Hoff/Horst
323 Kahrs) wirkt derzeit noch als eher schwache Hoffnung. Er ist jedenfalls nichts, worauf wir warten könn-
324 ten. Der sächsischen Bevölkerung müssen *wir* eine realistische „Ablösungsperspektive“ (Horst Kahrs)
325 bieten – zumal Versuche, Bewegung in den gelähmten Freistaat zu bringen, inzwischen nicht mehr nur
326 von links kommen.

327 2.1. Legitimationsprobleme der Demokratie

328 Seit dem letzten Jahr ist Sachsen mit einem Phänomen konfrontiert, das nicht nur latente Fremdenfeind-
329 lichkeit sichtbar gemacht hat, sondern auch einen Eindruck vom Verbreitungsgrad vermittelt, den Frust-
330 ration, Apathie und Resignation inzwischen erreicht haben. „PEGIDA“ und die diversen Ableger bilden ein
331 Ventil, durch das sich auch Teile einer entsolidarisierten Mittelschicht – wobei dahinsteht, ob dieselbe in
332 der jüngsten Geschichte jemals solidarisch war – Gehör verschafft und die „etablierte Politik“ auf-
333 schreckt. Diese Bewegungen weisen trotz ihrer anfänglichen soziodemografischen Vielfalt klar rassisti-
334 sche und fremdenfeindliche Tendenzen auf. Sie negieren die universellen Menschenrechte. Ihr Protest
335 lastet auf dem Rücken der Schwächsten, die sie gegeneinander hetzen. Soziale Probleme und Ängste
336 nutzen sie aus. Am „Sachsen-Mythos“ können sie anknüpfen. „Wer unter Existenz- oder Abstiegsangst
337 leidet oder beständig Ausgrenzungen erlebt, kann leichte Beute für rechte Kulturkämpfer, antisemitische
338 Verschwörungstheoretiker und religiöse Fundamentalisten werden. Einen Reim auf die sich verfinsternde
339 Gegenwart machen diese reaktionären ‚Krisenlöser‘ sich, indem sie von Verschwörungen gegen ihre
340 ‚Kultur‘ reden und dabei Verderben über andere bringen. Sie flüchten sich in die vermeintliche Geborgen-
341 heit der Nation oder in autoritäre Geschlechterbilder und leben die eigene Unsicherheit im Hass auf
342 Schwächere, wie ethnische und sexuelle Minderheiten, aus“ (Katja Kipping/Bernd Riexinger). Es würde
343 nicht ausreichen, darauf ausschließlich mit den üblichen Protestformen zu reagieren. Auch dürfen wir
344 nicht aufatmen, weil sich Straßen und Plätze wieder leeren. Denn „PEGIDA“ und Co. sind die Spitze eines
345 Berges – nicht aber eines Eisberges. Ihr Fundament liegt offen vor uns.

346
347 „Die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten drei Jahrzehnte lassen immer stärker erkennen, dass
348 dieses Land zu einer sogenannten ‚Zwei-Drittel-Gesellschaft‘ wird bzw. schon [geworden] ist. Ein erhebli-
349 cher Teil der Bevölkerung hat immer weniger Anteil an den gesellschaftlichen Ressourcen. Verbunden
350 sind damit der Ausschluss aus demokratischen Beteiligungsprozessen, die Bedrohung durch Armut in all
351 ihren Spielarten, extremer Mangel an Bildungsmöglichkeiten und vieles mehr“ (Rico Gebhardt/Sebastian
352 Scheel). Wahlbeteiligung ist zu einer Klassenfrage geworden; Enthaltung übt zunehmend, wer sich in ei-
353 ner unsicheren oder schwierigen sozialen Lebenssituation befindet. Wir beobachten Massenphänomene:
354 allgemeinen Frust wegen der politischen Verhältnisse, Verdruss über fehlende Beteiligungsmöglichkeiten,
355 die Empfindung tiefer Machtlosigkeit, die Ausbreitung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, eine
356 „*Atmosphäre der Angst, die sich wie ein leises Rauschen unmerklich, aber unleugbar ausbreitet*“ (Heinz
357 Bude). Angst schweißt zusammen: Es droht die Herausbildung einer Gesellschaft des „Wir gegen die an-
358 deren“. Der Osten Deutschlands ist von all dem besonders betroffen, was auch historische Ursachen hat:
359 „*Aufgrund des umfassenden Elitenwechsels sowie der schwierigen Einpassung ostdeutscher Biographien in*
360 *westdeutsche Bewährungs- und Aufstiegsschemata war die ostdeutsche Bevölkerung über einen langen*
361 *Zeitraum von herausragender wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Gestaltungsmacht ausge-*
362 *schlossen. Eben solche mehrfach empfundene Demütigung erklärt nun aber, warum trotz materiellen Wohl-*
363 *standes ein Großteil der Ostdeutschen mit der jetzigen bundesdeutschen Gesellschaft unzufrieden ist*“
364 (Joachim Klose/Werner Patzelt). Dies alles kann zur Kündigung gegenüber dem politischen System füh-
365 ren, die breite Bevölkerungsschichten ergreift. Die oft als Hort von Normalität und Vernunft geltende
366 „Mitte“ ist davon nicht frei – sie ist „fragil“ und „politisch aufladbar“ (Andreas Zick).

367 Der regierende Teil der politischen Klasse, trägt die Hauptverantwortung für diese Situation – bisher ohne
368 jede Selbstreflexion. Jahre des Nicht-Zuhören-Wollens, des Unterdrückens demokratischer Beteiligung,
369 der Denunziation kritischer Positionen als „Nestbeschmutzung“, des Degradierens von Dialog zum folgen-
370 losen Selbstzweck, Jahre von Selbstherrlichkeit und Dünkel haben ihre Spuren hinterlassen. Vor allem

371 aber die konsequente Nicht-Anerkennung und Nicht-Lösung drängender Probleme auf allen Politikfeldern
372 – vor allem in der Bildungs-, Sozial- und Asylpolitik – haben zum Verlust des Vertrauens vieler Repräsen-
373 tierter in ihre Repräsentant*innen geführt. Derweil verlassen parlamentarische Akteure immer seltener
374 ihre „Realitätskatakomben“ (Bernhard Pörksen), entfremden sich nicht nur sprachlich von jenen, die sie
375 zu erreichen streben.

376 Wer größere Teile der Mehrheitsbevölkerung erreichen und mobilisieren will, muss deshalb die Viel-
377 schichtigkeit der Gründe anerkennen, die zu diesen Phänomenen führen. Reflexhafte Kritik seitens politi-
378 scher Akteure an jenen, die die oben beschriebenen Probleme zwar nicht verursachen, aber von ihnen
379 befallen sind, könnte eine *„wechselseitig verursachte Entfremdungs- und Empörungsspirale“* (Joachim
380 Klose/Werner Patzelt) auslösen. Erklärungen finden wir keineswegs nur in der Wirkungskraft rechter
381 Ideologien. Wir finden sie auch in der immer komplexeren Lebenswelt, mit der schwer zurechtzukommen
382 ist; in der Zersplitterung der Gesellschaft in Milieus; im Wandel der öffentlichen und privaten Kommunika-
383 tionssphäre; schließlich in der abnehmenden Bindungskraft großer Organisationen. Jeder dieser Trends
384 fordert uns heraus.

385 Lebensläufe sind heute kaum noch planbar. Unsere Umgebung wird schnelllebiger und komplizierter. Die
386 Arbeits- und Produktionswelt verändert sich schnell, vor allem durch Globalisierung, Digitalisierung und
387 Automatisierung. Selbst über gut Qualifizierten schweben Damoklesschwerter wie gebrochene Erwerbs-
388 biografien, Befristungen, unsichere berufliche Perspektiven, Hartz IV oder Altersarmut. Globale Prozesse,
389 ob politischer oder wirtschaftlicher Natur, werden immer weniger durchschaubar. Orientierung fällt
390 schwer, Sicherheit wird gesucht. Hinzu kommt, dass *„viele sinnstiftende Narrationen unseres Landes un-
391 ter Druck geraten, etwa jene von der liberalen und rundum diskursoffenen pluralistischen Demokratie, vom
392 soziale Gerechtigkeit in Aussicht stellenden Wohlfahrtsstaat, vom partnerschaftlichen Verhältnis zwischen
393 Religion und Staat, vom rundum vorteilhaften Wandel einer ‚homogenen‘ zu einer ‚multikulturellen‘ Gesell-
394 schaft. Damit geht grundsätzliches Unbehagen einher, dass eine offene Gesellschaft nun einmal kein Hort
395 von Sicherheit, Beständigkeit und Vertrautheit ist.“* (Joachim Klose/ Werner Patzelt) Entfremdungserfah-
396 rungen greifen um sich. Es gelingt den Einzelnen nicht mehr, sich ihre Umwelt „anzuverwandeln“, also
397 eine Resonanzbeziehung mit ihr herzustellen, sich selbst wirksam zu fühlen (Hartmut Rosa). *„An die Stelle
398 handlungsmächtiger politischer Subjekte [...] tritt heute zunehmend das ohnmächtige Individuum, das sich
399 nicht nur von den ökonomischen Verhältnissen entfremdet fühlt, sondern auch von den politischen. Die
400 soziopolitische Welt ‚antwortet‘ nicht mehr, sie diktiert ihre Handlungs- und Strukturvorgaben in Form von
401 Sachzwängen, die sich in Alternativlos- und Basta-Politiken niederschlagen“.* Die „Resonanzachse zwischen
402 der etablierten Politik und weiten Teilen der Bevölkerung“ ist „gebrochen“; die Demokratie verliert ihre
403 „Verheißung“, „responsiv“ auf den Gestaltungswillen der Bürger*innen einzugehen (Hartmut Rosa). Diese
404 Entfremdungsgefühle sind übrigens auch deshalb in Ostdeutschland so stark ausgeprägt, weil die Struk-
405 turen, die den neuen Ländern gegeben wurden, nicht selbst entwickelt, sondern ihnen – in Erwartung von
406 Dankbarkeit – „übergestülpt“ wurden.

407 Dieser „Achsbruch“ wird von einer Zersplitterung gesellschaftlicher Zusammenhänge begleitet. Men-
408 schen suchen Sicherheit und Orientierung in ihren Milieus, in sozialen Nahräumen, in denen sie sich
409 wohlfühlen. Dort verstärken sich Entfremdungserfahrungen, weil sich Mitglieder gegenseitig in ihren
410 Weltbildern und Erfahrungen bestätigen, während sie es vermeiden, denen widersprechende Informatio-
411 nen aufzunehmen oder zu akzeptieren. Auch diese Zerklüftung bedingt den längst erfolgten Verlust eines
412 (revolutionären) „Subjekts unserer Politik“ (Horst Kahrs). „Um gesellschaftliche Macht aufzubauen und
413 den Kampf für eine andere Hegemonie irgendwann gewinnen zu können, braucht es eine emanzipatori-

414 sche Klassenpolitik 2.0. Denn Klassenkämpfe sehen heute anders aus“. (Katja Kipping/Bernd Riexinger).
415 Die Frage nach einem zeitgemäßen Klassenbegriff ist keine andere als die nach der Beschaffenheit von
416 Milieus, die wir vertreten und ansprechen wollen – und nach Möglichkeiten, sie zu erreichen.

417 „Unsere Attraktivität, unser Gebrauchswert, unsere politischen Zielstellungen usw. müssen aber durch
418 die jeweiligen WahrnehmungsfILTER hindurch bei den Menschen ankommen“, zumal Milieus eine eigene
419 Sprache entwickeln (Peter Porsch). Dieser strategischen Herausforderung stellen wir uns in einer Zeit, in
420 der sich private und öffentliche Kommunikation radikal wandeln“. Das System der Massenmedien, das
421 mit politischen Akteur*innen „eine Symbiose zum wechselseitigen Nutzen“ (Horst Kahrs) eingeht und
422 folglich mit den Mitteln des klassischen Kommunikationsmanagements erreichbar ist, befindet sich seit
423 Jahren in der Krise. Hauptgrund ist die Digitalisierung, die gleichzeitig eine extrem schnelle, ungeordnete
424 und prinzipiell für jeden Menschen mit Internetanschluss erreich- und beeinflussbare Gegenöffentlichkeit
425 schafft. Diese ist vielfach gespalten und verfügt nicht über greifbare Institutionen. Damit büßen die her-
426 kömmlichen Medien teilweise ihre Monopolstellung als Massenkommunikationskanäle ein und geraten
427 unter Rechtfertigungsdruck: Ab jetzt wird (selten konstruktiv) zurückgeschrieben! Das ist auch für politi-
428 sche Organisationen folgenreich. In dem Maße, wie die Massenmedien die Kontrolle über öffentliche
429 Diskurse schleichend abgeben – wobei sie wohl noch lange Zeit den Großteil der debattierten Themen
430 einspeisen werden –, verlieren wir perspektivisch auch Anknüpfungspunkte, um Zielgruppen über Mas-
431 senmedien zu erreichen. Neue Kanäle werden wichtiger, während sich das Feld der Mitspieler*innen
432 massiv vergrößert. „Hat es noch vor nicht einmal zwei Jahrzehnten viele helfende Hände und eine stram-
433 me Organisationsinfrastruktur gekostet, eine kraftvolle politische Demonstration auf die Beine zu stellen,
434 so reichen heute im Zweifel ein Smartphone und ein getroffener Nerv“ (Tilman Loos). Die Wirkungskraft
435 großer, auf Dauer angelegter Organisationsformen – seien es Gewerkschaften, Kirchen oder Parteien –
436 gerät dadurch zusätzlich unter Druck. Die Verankerung der sächsischen Parteien ist ohnehin traditionell
437 sehr gering. Die Mitglieder der sächsischen CDU stellen nur einen Anteil von 0,3 % der Bevölkerung, jene
438 der LINKEN 0,23 %. Nur 0,69 % der Bürger*innen sind Mitglied einer der im Landtag vertretenen Parteien.
439 Langfristige (Partei-)Bindungen nehmen bundesweit ab, Wählerschichten differenzieren sich, politisches
440 Engagement wird kurzfristiger und stärker themen- und projektbezogen.

441 All diese Rahmenbedingungen erschweren unsere Strategiefindung, weil sie die „Passung“ zwischen un-
442 serer Organisation und der Gesellschaft, deren Teil sie ist, infrage stellen. Wir müssen unsere Rolle neu
443 finden. Wer sonst soll den Achsbruch beheben? Es ist an uns, „die herrschenden Verhältnisse mit den
444 unterdrückten besseren Möglichkeiten zu konfrontieren“ (Horst Kahrs), den Kapitalismus grundsätzlich in
445 Frage zu stellen, mehr aufzuzeigen als eine Umverteilungsperspektive. Verbreiten wir jedoch keine Angst.
446 Propagieren wir positive Visionen, in dem Wissen, dass wir zugleich Sicherheit bieten müssen. Machen
447 wir „nicht alles anders“, aber „viele besser“! Die erste Voraussetzung dafür sind Reformen unserer Or-
448 ganisationsstruktur.

449 **3. Sachsens LINKE 2015: Eine Partei zum Verändern!**

450

451 **3.1. Untrügliche Trends: Schlaglichter des Wahlergebnisses 2014**

452 Wahlergebnisse sind Momentaufnahmen und abhängig von vielen Faktoren. Sie zeigen dennoch Entwick-
453 lungen, die in die strategiebildende Analyse einbezogen werden müssen. Bei den Landtagswahlen 2014
454 setzte sich für uns ein langfristiger Trend des Stimmenverlusts fort. Mit 18,9 % der Listenstimmen gegen-
455 über 20,6 % im Jahr 2009 und 23,6 % bei den Wahlen 2004 fiel das Wahlergebnis erneut schlechter aus

456 als zuvor. Aussagekräftiger ist die absolute Zahl der Zweitstimmen: Diese stieg von 480.317 (1999) auf
457 490.488 (2004), sank dann aber drastisch auf 370.359 (2009) und schließlich auf 309.568 (2014). Es ist
458 uns noch nicht gelungen, neue Wähler*innenschichten zu erschließen. Dies ist unabdingbar, wenn die
459 parlamentarische Macht der CDU gebrochen werden soll. 2014 gelang es in einigen großstädtischen
460 Wahlkreisen beinahe und in einem einzigen tatsächlich, ein Direktmandat zu erringen. Das belegt das
461 Erfolgspotential milieuspezifischer Wähler*innenansprache, die soziodemografische Variablen und regio-
462 nale Identitäten berücksichtigt – Modellfälle für den ländlichen Raum, in dem die überwiegende Zahl der
463 Wähler*innen lebt.

464 Gegenüber 2009 haben wir mehr als 60.000 Zweitstimmen verloren. Davon gingen (saldiert) 31.000
465 Stimmen auf das Konto demografischer Entwicklungen (38.000 Wähler*innen verstorben, 7.000 Erstwäh-
466 ler*innen gewonnen), 13.000 Stimmen an das Lager der Wahlverweigerer*innen, insgesamt 11.000
467 Stimmen an andere Parteien – vor allem an die AfD –, 6.000 Stimmen entfielen durch Wegzug. Damit
468 bildet die sächsische LINKE keine Ausnahme von Bundes- oder Ostdeutschland-Trends. Allerdings ist die
469 LINKE als einzige Partei sowohl vom demografischen Wandel als auch von Binnenmigrationsbewegungen
470 negativ betroffen. Der Blick auf die Altersstruktur unserer Wählerschaft zeigt zudem einen deutlichen
471 Überhang der über-60-jährigen Männer und Frauen, hingegen eine anhaltende Schwäche in den Alters-
472 gruppen zwischen 30 und 59 Jahren, bei den Jüngeren indes leichte Zugewinne. Vor diesem Hintergrund
473 scheint es unsicher, dass sich unsere Wahlergebnisse stabilisieren werden. Die demografisch bedingte
474 Schrumpfung unseres Wähler*innenpotentials bleibt problematisch, ebenso unsere strukturelle Schwä-
475 che bei jüngeren und berufstätigen Wähler*innen (Analysen: Horst Kahrs). Hinzu kommt, dass sich der
476 Verlust älterer Wähler*innen in einem überschaubaren Zeitraum schlagartig beschleunigen wird, sobald
477 diese ein hohes Alter erreichen.

478 Ein Blick auf die Struktur der sächsischen Wähler*innenschaft und die Wahlbeteiligung vermag dieses
479 Bild nur teilweise zu relativieren. Zwar ist die Zahl der Wahlberechtigten in Sachsen seit 1990 von etwa
480 3,7 Millionen auf nur noch knapp 3,4 Millionen (2014) gesunken, die Zahl der Wähler*innen im gleichen
481 Zeitraum von 2,5 Millionen auf etwa 1,5 Millionen zurückgegangen. Der Anteil der Nichtwähler*innen an
482 den Wahlberechtigten ist inzwischen aber von etwa 25 % auf mehr als 50 % gewachsen. Die Wahlbeteili-
483 gung ist in allen sozialen Schichten rückläufig, am niedrigsten allerdings in einkommensarmen und bil-
484 dungsfernen Bevölkerungsteilen. Hier zeigt sich ein ebenso wichtiger Ansatzpunkt für die strategische
485 Wähler*innenansprache wie bei unserer Schwäche in mittelalten Alterskohorten. Es gilt, unser Potential
486 wieder auszuschöpfen – vor allem bei jenen, die resigniert haben oder von uns keine Impulse erwarten.

487 So könnten wir auch unsere Stellung innerhalb des rot-rot-grünen Lagers, sofern es sich auf Landesebene
488 konstituiert, ausbauen. Denn das Kräfteverhältnis innerhalb dieser Dreierkonstellation hat sich in den
489 vergangenen fünfzehn Jahren zu unseren Ungunsten verändert. Entfielen 1999 auf die PDS noch 62,5 %
490 der Stimmen links der CDU, waren es 2004 noch 61 %, bei den Landtagswahlen 2009 54,8 % für DIE
491 LINKE und 2014 noch 51,1 %. Innerhalb dieses Lagers gibt es starke Wanderungsbewegungen; seine
492 Mobilisierungskraft schwindet jedoch insgesamt. Konnten LINKE, SPD und Grüne 1999 noch 768.237
493 Zweitstimmen erringen und diesen Wert 2004 auf 801.697 steigern, waren es 2009 nur noch 672.583
494 und 2014 schließlich 605.834 Zweitstimmen. Folglich benötigt Rot-Rot-Grün Zustrom von außerhalb und
495 offenbar vor allem aus der Gruppe der Wahlverweigerer*innen, wenn eine realistische Ablösungsperspek-
496 tive entstehen soll.

497 **3.2. Mitgliedschaft, Präsenz, Geld: Strukturfragen sind Überlebensfragen**

498 Auch bei unserer Organisationsstruktur zeigt sich eher ein Abbau- als ein Aufbauprozess. Wichtigste Indi-
499 katoren sind die Mitgliederzahlen und die Altersstruktur unserer Mitgliedschaft; von ihnen hängen unmit-
500 telbar unsere Kampagnenfähigkeit und unsere Präsenz in der Fläche ab, ferner unsere Fähigkeit, Kandi-
501 dierende für Kommunalwahlen zu nominieren, und nicht zuletzt auch unsere Finanzkraft.

502 Die Zahl unserer Mitglieder hat sich wie in den anderen ostdeutschen Landesverbänden auch seit dem
503 Jahr 2000 mehr als halbiert, was Stadt- und Kreisverbände in annähernd gleichem Maße betrifft, und liegt
504 mittlerweile bei etwa 9.000. Mehr als die Hälfte der sächsischen Genoss*innen sind älter als 71 Jahre.
505 Die Altersschichten zwischen 16 und 51 Jahren sind – mit einer kleinen positiven Ausnahme in jener der
506 26-30-Jährigen – deutlich schwächer besetzt. Die Zahl der Orte, in denen kein einziges Parteimitglied
507 mehr existiert, ist größer geworden. Trotz großen Einsatzes und starken Engagements liegt die Zahl derer,
508 deren gesundheitliche Verfassung eine aktive politische Betätigung zulässt, deutlich unterhalb der Ge-
509 samtmitgliederzahl. Insgesamt sind wir in vielen Landkreisen nur noch eingeschränkt wahrnehmbar. Vor
510 allem in den ländlichen Gebieten wird es schwieriger, Parteistrukturen aufrechtzuerhalten. Darunter lei-
511 det auch das Mitgliederleben, das attraktiv sein muss, damit neue, jüngere Mitglieder gewonnen werden
512 können. Vor allem dafür brauchen wir neue Konzepte. Nicht nur bei der politischen Themenwahl und
513 Zielgruppenansprache, sondern auch bei der Mitgliederwerbung sollten wir zudem stärker die „mittelal-
514 ten“ Bevölkerungsschichten in den Blick nehmen.

515 Wenn wir dabei nicht vorankommen, sehen wir uns einem ähnlichen Problem gegenüber wie bei unserer
516 Wähler*innenschaft: Verluste in den stark besetzten höheren Altersgruppen werden sich eines Tages
517 schlagartig beschleunigen. Kann dies nicht kompensiert werden, wäre auch die finanzielle Abwärtsspirale
518 kaum aufzuhalten. Denn logischerweise stammt der Großteil des Beitragsaufkommens aus den am
519 stärksten besetzten, älteren Alterskohorten. Sinkt die Mitgliederzahl, gehen auch die staatlichen Zu-
520 schüsse zurück. Das können wir uns nicht leisten. Denn es gibt einen dringenden Handlungsbedarf –
521 zumal uns das Haushaltsjahr 2014 ein Defizit von mehr als 150.000 Euro eingebracht hat. Wir müssen
522 gemeinsam überlegen, wie wir unsere Kampfkraft in Zukunft erhalten, Strukturen so effizient wie möglich
523 gestalten und das Beitragsaufkommen wenigstens stabil halten können. Hier schließt sich der Kreis zur
524 (Neu)Mitgliederzahl: Als Partei, die nicht nur innerhalb der konkreten Lebenswelten von Milieus Politik
525 macht, sondern auch selbst ein lebenswertes Milieu bietet, können wir langfristig den Bestand unserer
526 Organisation sichern.

527 Für DIE LINKE. Sachsen sind landesweit über 1.000 Kommunalpolitiker_innen aktiv. Damit haben wir in
528 vielen Orten noch eine entsprechende politische Ausstrahlung in die Städte und Gemeinden und stehen
529 als Ansprechpartnerin für Probleme und Anregungen zur Verfügung. Aber auch hier gilt es eine bessere
530 Vernetzung und Förderung unserer Kommunalpolitiker_innen auf die Beine zu stellen. Gemeinsam der
531 der LAG Kommunalpolitik, der Landtagsfraktion sowie parteinahen Vereinen werden wir gemeinsame
532 Konzepte und Strategien – auch in der Frage der Kandidat_innengewinnung – weiterentwickeln, um lang-
533 fristig unsere kommunalpolitische Verankerung zu erhalten bzw. auszubauen.

534

535 **4. DIE LINKE in Sachsen - strategische Orientierungen**

536 Eingebettet in die Strategien und Kampagnen der Bundespartei, die das politische Profil der LINKEN auch
537 weiterhin entscheidend prägen werden, orientieren wir unsere politische Arbeit in Sachsen wie folgt:

538

539 4.1. Sicher sozial, sicher solidarisch

540 Weil wir die Partei der »sozialen Frage« sind, ist für DIE LINKE soziale Politik weit mehr als Sozialpolitik.
541 Wir benennen die Probleme der sozialen Sicherheit, der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Zusammenhalts auf allen Politikfeldern, diese bilden unsere Leitorientierung. Darin besteht die Grundlage für
542 unsere Alleinstellungsmerkmale: prinzipiell sind für uns alle Politikfelder auch aus »sozialer Perspektive«
543 zu bearbeiten. Den neoliberalen Ansatz, Sozialpolitik auf Fürsorge zu reduzieren, lehnen wir ab. Linke
544 Politiker_innen begreifen sich deshalb in ihren jeweiligen Fachgebieten immer auch als Sozialpolitiker_innen.
546

547 Unsere Politik für ein „Leben in Menschenwürde“ für alle in Sachsen lebenden Menschen richtet sich
548 besonders auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der lohnabhängig Beschäftigten, der Erwerbslosen,
549 alle derer, die in dieser Gesellschaft an den Rand gedrängt werden, von Armut, Ausgrenzung und Diskriminierung bedroht sind. Dies verstehen wir zugleich als wesentlichen Teil unseres politischen Angebotes
550 an die - aus sozialer Perspektive - „Mitte der Gesellschaft“, die sich von Abstiegsängsten bedroht und
551 unter Druck gesetzt fühlt. Der Kampf für soziale Sicherheit betrifft bei weitem nicht nur die sozial am
552 stärksten an den Rand gedrängten Menschen in diesem Land. Es ist ein wesentliches Merkmal neoliberaler Politik, jegliche Sicherheiten und Regulierungen anzugreifen und wenn möglich aufzulösen, damit ist
553 auch die sogenannte Mittelschicht vom sozialen Abstieg bedroht. Gerade in Sachsen trifft dies für erhebliche Teile der Bevölkerung immer mehr zu.
556

557 Die sächsische LINKE stellt deshalb den Kampf für soziale Sicherheit in all ihren Aspekten in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Der Widerstand und Kampf gegen sogenannte »prekäre«, also unsichere Arbeits- und
558 Lebensbedingungen kann selbstverständlich auf der politischen Ebene eines Bundeslandes nicht
559 »gewonnen« werden. Nichtsdestotrotz muss er auf dieser Ebene und auch auf allen Ebenen darunter geführt werden. Deshalb unterstützen wir die Kampagne der Bundespartei gegen prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen »Das muss drin sein!«
562

563
564 In den neuen Bundesländern ist der soziale Druck im bundesweiten Vergleich mit Abstand am Höchsten. Altersarmut und Kinderarmut, aber auch Armut trotz Arbeit, Frauenarmut und andere Spielarten von Armut drohen nicht nur, sondern sind bereits der Fall und weiten sich aus. Die politischen Strategien der neoliberalen Parteien, niedrige Löhne und reduzierte Arbeitnehmer_innenrechte als vermeintlich positive Standortfaktoren zu fördern bzw. nicht im Ansatz konsequent zu bekämpfen, bilden eine wesentliche Ursache für diese Situation. Unser Einsatz für soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt ist deshalb auch Ausdruck unserer spezifischen »Ost-Kompetenz« - denn »Osten« bedeutet in diesem Land schändlicher Weise auch oft genug »arm«, oft genug »abgehängt«, oft genug »ausgegrenzt«. Das wollen wir ändern.
572

573 »Soziale Sicherheit« muss weit über den engen Rahmen sozialpolitischen Handelns hinaus begriffen werden. Es geht also dabei um mehr als den sogenannten »Sozialstaat«. Sozialstaatliche Errungenschaften zu erhalten, deren Abbau zu verhindern und diese nach Möglichkeit auszubauen ist deshalb eine notwendige, aber bei weitem nicht hinreichende Aufgabe, die wir LINKE im Kampf um soziale Sicherheit zu erfüllen haben.
577

578
579 Über diesen Rahmen hinaus wollen wir unseren Einsatz für soziale Sicherheit verstärkt auf den klassisch landespolitischen Themenfeldern führen, aber auch wiederholt deutlich machen, dass der Kampf um soziale Sicherheit kein Expert_innenthema ist, sondern Herzensangelegenheit aller LINKEN. Beispielhaft
580 sind zu nennen:
581
582
583

- 584 ○ der Einsatz für Lebens- und Arbeitsverhältnisse jenseits der Prekarität
- 585 ○ der Kampf für armutsfeste Renten und die Rentenangleichung, für eine Kindergrundsicherung
- 586 und eine sanktionsfreie Mindestsicherung
- 587 ○ unsere Aktivitäten zur Rückabwicklung der HartzIV-Gesetzgebung sowie unsere Initiativen zur
- 588 Linderung deren schlimmsten Auswirkungen
- 589 ○ unser Kampf gegen die Rente erst ab 67 und für die Herstellung der Renteneinheit zwischen Ost
- 590 und West
- 591 ○ unser Einsatz für eine einheitliche Bürgerversicherung im Gesundheitswesen in Deutschland und
- 592 gegen Pflegenotstand und Ärztemangel in Sachsen
- 593 ○ unser Einsatz gegen Abkommen wie TTIP oder CETA, die auf grundsätzliche Art und Weise die
- 594 demokratische und soziale Gestaltung unserer Gesellschaft gefährden
- 595 ○ gute inklusive Bildung darf keine Frage des Geldbeutels sein
- 596 ○ der Zugang zu Kulturgütern darf nicht Oberschichten und Besserverdienenden vorbehalten sein
- 597 ○ öffentliche Sicherheit muss für alle Einwohner_innen gewährleistet sein
- 598 ○ eine bessere, auskömmliche Kommunalfinanzierung muss die sächsischen Städte und Gemein-
- 599 den als lebenswerte Orte sichern
- 600 ○ die Sicherung des öffentlichen Eigentums auf allen Ebenen und damit der Widerstand gegen Pri-
- 601 vatisierungsbestrebungen insbesondere im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge
- 602 ○ der öffentliche Verkehr muss in allen Regionen des Freistaates und für alle Personengruppen in
- 603 umfänglicher Weise sicher gestellt sein
- 604 ○ eine inklusive Gesellschaft und umfassende Barrierefreiheit nützt allen Menschen
- 605 ○ Geschlechtergerechtigkeit im Querschnitt aller politischen Themen
- 606 ○ Kinder- und Jugendarbeit als insbesondere für sozial Ausgegrenzte wichtige Aufgabe
- 607 ○ eine gute wirtschaftliche Entwicklung in allen Landesteilen sichert die Möglichkeit guter Arbeit
- 608 ○ betriebliche Mitbestimmungsrechte erhalten und ausbauen
- 609 ○ demokratische Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner an der politischen Gestaltung
- 610 durch Ausbau der Mitgestaltungsmöglichkeiten, wie z.B. Bürgerbegehren oder Volksentscheide
- 611 ○ die sozial-ökologisch nachhaltige Gestaltung von Wirtschaft und Landwirtschaft sichert die Le-
- 612 bensgrundlagen für alle Menschen
- 613 ○ die Sicherheit, kein Opfer rassistischer, fremdenfeindlicher oder anderer diskriminierender Ge-
- 614 walttaten, Kränkungen oder Ausgrenzung zu werden, ist Voraussetzung für die gleichberechtigte
- 615 Teilhabe am öffentlichen Leben
- 616 ○ die Verankerung einer belastungsfähigen Multikulturalität in Sachsen

617

618 **Projekt: Kampf der Prekarität in der Mitte der Gesellschaft**

- 619 1. Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen wird beauftragt, in Absprache mit der Landtagsfraktion und
- 620 den Kreisverbänden eine Strategie zu entwickeln, wie das Thema Prekarität zeitlich und inhaltlich in
- 621 den nächsten zwei Jahren in den Mittelpunkt unserer politischen Auseinandersetzung gerückt wird
- 622 und welche politischen Angebote wir dabei den Sächsischen und Sachsen unterbreiten können.
- 623 2. Dabei liegt der Fokus darauf gesellschaftliche Lösungen für Prekarität anzubieten und glaubhaft zu
- 624 untersetzen.
- 625 3. In dieser Debatte sollte auch der Meinungsaustausch mit unseren Thüringer Genossinnen und Ge-
- 626 nossen eine Rolle spielen, um den Beweis der Machbarkeit von Veränderung anzutreten.

- 627 4. Die Landesarbeitsgemeinschaften sind zur Mitarbeit eingeladen. Der Landesvorstand wird beauftragt,
628 eine entsprechende Arbeitsstruktur zu schaffen, die unter anderem die Auswertung des Dialoges für
629 Sachsen berücksichtigen sollte.
- 630 5. Die Kampagne „Das muss drin sein“ kann dabei einen groben Rahmen bieten.
- 631 6. Ein erster Entwurf für eine solche Strategie soll bis zum 30. April 2016 vorliegen.

632

633 4.2. Fortschritt, Gerechtigkeit und Freiheit

634 Soziale Sicherheit langfristig zu ermöglichen, stellt unter den Bedingungen der stetig und beschleunigt
635 fortschreitenden Entwicklung der Produktivkräfte eine besondere Herausforderung dar. Die umfängliche
636 Digitalisierung und Automatisierung des produktiven Sektors sowie die beständige Ausweitung des
637 Dienstleistungssektors verändern die Arbeits- und Produktionswelt auf grundsätzliche Weise. Die Globali-
638 sierung nicht nur der Produktion, sondern auch großer Dienstleistungsbereiche ist eine nicht ignorierbare
639 Tatsache. Die beständige Umwälzung aller gesellschaftlichen Verhältnisse hat »zum großen Bedauern der
640 Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen«. Unsere Antworten auf die
641 daraus entstehenden sozialen Verwerfungen müssen mit den immer schnelleren Entwicklungen in der
642 Ökonomie Schritt halten. DIE LINKE muss viel stärker wieder die Partei des Fortschritts sein. Dabei dür-
643 fen wir Fortschritt nicht auf die dynamische Entwicklung im produktiven Bereich reduzieren. Unsere Ver-
644 antwortung besteht vielmehr darin, Fortschritt gesellschaftlich zu verstehen. Ökonomischer Fortschritt
645 ohne sozialen Fortschritt spaltet die Gesellschaft. Es ist deshalb angemessen, über Modelle nachzuden-
646 ken und entsprechende Konzepte zu entwickeln, die dem gesamtgesellschaftlichen Charakter der Pro-
647 duktion entsprechen. Dazu gehören ausdrücklich auch Vorschläge wie die solidarische Mindestrente,
648 eine Kindergrundsicherung, eine sanktionsfreie Mindestsicherung, oder, darüber hinausgehend, ein
649 Grundeinkommen. Wer der sozialen Sicherheit den politischen Vorrang gibt, darf sich von häufig neoliberal
650 begründeten Denkverboten nicht schrecken lassen.

651

652 Fortschritt, Gerechtigkeit und Freiheit können Orientierungsmarken einer zukunftsorientierten Politik
653 sein. Fortschritt heißt, dass auf hochtechnologischer Basis ein Wachstum erreicht wird, das den Reich-
654 tum aller mehrt und ökologisch nachhaltig ist. Gerechtigkeit heißt, dass alle Arbeit haben, von der sie gut
655 leben können; dass allen gleiche Berufs-, Bildungs- und Zukunftschancen zuteil werden; dass der Reich-
656 tum gerecht verteilt wird, um genau diese Aufgaben bewältigen zu können – von oben nach unten auf
657 nationalstaatlicher Ebene, aber auch global von reicheren zu ärmeren Nationalstaaten. Eine Politik globa-
658 ler Gerechtigkeit ist zugleich elementare Voraussetzung für die größtmögliche Freiheit eines jeden und
659 damit auch derjenigen, die bis dato von solchen Freiheitsgütern abgeschnitten sind. Umgekehrt bedarf es
660 der Durchsetzung politischer Grund- und Freiheitsrechte, ohne die es nicht zur Verwirklichung einer sozial
661 gerechten, inklusiven und um- weltverträglichen Welt kommen wird.

662 Wir stehen für eine Politik, mit der der Trend zur De-Industrialisierung in Europa umgekehrt wird und der
663 Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Wertschöpfung auf hochtechnologischer Basis (etwa Indust-
664 rie 4.0) wieder steigt. Gewiss wird Technik im Kapitalismus zuweilen missbraucht und deformiert, aber im
665 Ganzen ist Technik eher Teil der Lösung als Teil des Problems. Wir brauchen technischen Fort- schritt,
666 der Lebensqualität erhöht und Probleme löst. Die Notwendigkeit der Umsetzung der Barrierefreiheit auf
667 Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention, kann mit der Notwendigkeit auch technische Voraus-
668 setzungen für Barrierefreiheit zu schaffen, Motor für einen solchen technischen Fortschritt darstellen, der
669 auch am Ende allen zugute kommt und innovative Potential entfalten kann. DIE LINKE muss aufzeigen,
670 welcher Fortschritt durch moderne Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte entfesselt werden könn-
671 te, der durch falsche Strukturen und Politik blockiert wird. Es geht nicht darum, die bürgerliche Gesell-

672 schaft abzuschaffen, sondern sie »aufzuheben«, indem ihre zerstörerischen Tendenzen beseitigt, ihre
673 Fortschrittspotenziale aber beibehalten und ausgebaut werden. An der begonnenen Emanzipation des
674 Individuums aus den Fesseln archaischer vormoderner Gemeinschaften muss DIE LINKE also festhalten
675 und die Freiheitsrechte der Individuen entschlossen gegen ihre Feinde verteidigen. Als Sozialisten kriti-
676 sieren wir die bürgerliche Gesellschaft nicht dafür, dass sie Freiheits- und Individualrechte hervorge-
677 bracht hat. Wir kritisieren die bürgerliche Gesellschaft dafür, dass sie in ihrem Inneren Gewalttätigkeit,
678 Ausschluss und Ungleichheit produziert.

679 Wenn die neue Gesellschaft im Schoße der alten entsteht, muss DIE LINKE selbst die Entfaltung der Pro-
680 duktivkräfte wollen. Viele Menschen erleben schon heute oftmals größere Freiheitsspielräume als früher:
681 weniger Patriarchat, weniger Fabrikdisziplin, mehr digitale Zugänge, mehr individuelle Ansprüche, mehr
682 Bildung, ein Zuwachs an »general intellect« (Marx). DIE LINKE tut also gut daran, das Freiheitsverspre-
683 chen der bürgerlichen Gesellschaft gegen die unvollkommene Wirklichkeit zu mobilisieren und Menschen
684 dazu einzuladen, an der gesellschaftlichen Transformation für eine bessere Welt mitzuwirken.

685 Die Mammutaufgabe, vor der die gesellschaftliche Linke steht, ist der Einstieg in eine solidarische Öko-
686 nomie, in der sich makroökonomische Steuerung, Umverteilung von Einkommen und Arbeitszeit, hoch-
687 technologische Investitionspolitik für moderne industrielle Kerne, Entwicklung moderner technikbasierter
688 Dienstleistungen, individualitätsstützende Sozialpolitik und neue Formen des Öffentlichen ergänzen.

689 Qualitätsbewusste Warenproduktion und Produktivitätssteigerung durch Innovation, technischen Fort-
690 schritt und industrielle Investitionen begrüßen wir ausdrücklich. Eine solche Industriepolitik müsste auch
691 sinnvolle private Investitionen befördern. Klar ist aber auch, dass mehr öffentliche Investitionen getätigt
692 werden müssen und manche Privatisierung rückgängig zu machen ist. Investive, technikbasierte Aktivität-
693 en richten sich zweifellos auch auf die Produktion materieller Güter, aber nicht ausschließlich. Es geht
694 auch darum, für eine höhere Lebensqualität den ökologischen Umbau von Produktion, Verkehr und Infra-
695 struktur voranzutreiben, die öffentliche Daseinsvorsorge und die Sozialsysteme zu stützen, moderne
696 Dienstleistungen zu fördern und der digitalisierten Wissensökonomie den Weg zu ebnen.

697 Von besonderer Bedeutung wird das Verhältnis von Industriepolitik und ökologischem Umbau sein. Wich-
698 tiges Ziel technikbasierter Investitionen ist es, den Einsatz nicht-erneuerbarer Ressourcen zu reduzieren,
699 Energieeffizienz zu erhöhen und die Entwicklung regenerativer Energiequellen voranzutreiben. Nötig ist
700 es, unmittelbare Aktivitäten von Gebietskörperschaften und öffentlichen Unternehmen in Richtung des
701 technikbasierten ökologischen Umbaus voranzutreiben sowie private Aktivitäten durch direkte Vorgaben
702 und Instrumente politischer Marktsteuerung zu regulieren.

703

704 4.3. Konsequent gegen gesellschaftliche Rechtsentwicklungen, konsequent im Kampf für Frieden

705 Der rassistische, antifeministische und homophobe Schulterchluss von biederen Wutbürgern und be-
706 kennenden Neonazis im Rahmen der diversen *GIDA - Demonstrationen ist eine brandgefährliche Mi-
707 schung. In diesem Zusammenhang gedeiht eine Pogromstimmung gegen Migrant_innen, aber auch gegen
708 andere gesellschaftliche Gruppen. Diese Entwicklung wurde nach Kräften durch das unverantwortliche
709 Gerede über Wirtschaftsflüchtlinge und Asylmissbrauch in den Parteien der Regierungskoalition befeuert.

710 Rechte Rattenfänger haben so leichtes Spiel, die diffuse Unzufriedenheit gegen die als alternativlos dar-
711 gestellte Politik der Bundesregierung in Hass auf alles vermeintlich Fremde zu kanalisieren.

712 Diese Bündnisse betten sich in einen vorherrschenden gesellschaftlichen Rechtsruck ein. Das gesell-
713 schaftliche Klima erinnert vielerorts stark an die 1990er Jahre. Die Zahl der Übergriffe auf Flüchtlings-
714 heime war bereits 2014 höher als 2012 und 2013 zusammen.

715 Auch wenn im Zusammenhang mit diesen *GIDA - Demonstrationen auch soziale Missstände, Demokra-
716 tiedefizite und teilweise auch individuelle soziale Notsituationen artikuliert wurden, trifft dies nicht das

717 Wesen dieser Bewegung, die im Kern rassistisch und menschenverachtend ist. Dieses menschenfeindliche Denken ist nicht erst seit neuestem Bestandteil des politischen Bewusstseins breiter Teile der Gesellschaft. Allerdings ist und bleibt es eine Lüge, wenn auf diversen *GIDA - Veranstaltungen die Behauptung „Wir sind das Volk!“ aufgestellt wird.

721 „Mit dem Gesicht zum Volke“ kann für DIE LINKE nur heißen, an der Seite all jener zu stehen, die fast überall in Deutschland auf den Straßen und Plätzen in der Mehrheit gegen diese *GIDA - Veranstaltungen sind. DIE LINKE unterstützt und organisiert auch in Sachsen den Widerstand und engagiert sich insbesondere in der Unterstützung von Flüchtlingen und anderen durch gruppenbezogene Diskriminierungen betroffene Menschen. Wir wissen, dass wir dafür auch auf erheblichen Widerstand stoßen, dass wir selbst zu Zielen des menschenfeindlichen Hasses werden - ob durch verstärkte Angriffe auf unsere Versammlungs- und Arbeitsräume oder auf uns als öffentlich erkennbare LINKE. Dies war nicht nur in den vergangenen Wahlkämpfen bemerkbar, ebenso wie die Ankündigung, uns wegen unserer politischen Positionen auf diesem Themenfeld nicht mehr zu wählen. Allerdings ist unsere politische Position, die im Erfurter Programm wie folgt formuliert ist „Schutzsuchende dürfen nicht abgewiesen werden. Wir fordern offene Grenzen

732 für alle Menschen.“ kein Gegenstand wahlarithmetischer Erwägungen. Die Aufgabe für DIE LINKE besteht darin, klar und konsequent Haltung zu zeigen und sich nicht vermeintlichen Mehrheiten anzubiedern.

734
735 DIE LINKE Sachsen teilt selbstverständlich die friedenspolitischen Positionen des Parteivorstandes der LINKEN. DIE LINKE unterstützt mit allem Engagement die Aktivitäten der Friedensbewegung und der antimilitaristischen Initiativen gegen Krieg. DIE LINKE steht an der Seite aller Menschen, die sich aus Sorge um eine weitere Eskalation zum Beispiel im Ukraine-Konflikt friedenspolitisch engagieren und ihren Protest auf die Straße tragen. Der Markenkern der LINKEN enthält an zentraler Stelle die Friedenspolitik, den Kampf gegen Kriege und das Ringen um weltweite Abrüstung. Auch im Landesverband Sachsen wollen wir verstärkt auf diesem Politikfeld tätig werden und über die Ebene des außerparlamentarischen symbolischen und des Solidarhandelns mit Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements hinaus bei Organisation und Teilnahme von öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen aktiv werden. Deshalb unterstützen wir jeden Ansatz für Antikriegsbündnisse und Zusammenarbeit mit Basisinitiativen, Friedensgruppen und anderen demokratischen Kräften, um dem Friedenswillen öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen. DIE LINKE will keine NATO-Eingreiftruppe in Sachsen! Von deutschem Boden darf kein Krieg ausgehen: Wir schlagen vielmehr vor, Konversionskonzepte für den Standort zu entwickeln. Damit wollen wir sowohl Abrüstung aber auch die Stärkung der zivilen Wirtschaftskraft in der Region vorantreiben. Zum Beispiel wäre der Aufbau eines THW-Standort in gleicher Größenordnung ein angemessener Beitrag dazu. DIE LINKE Sachsen wird dazu parlamentarische und außerparlamentarische Initiativen starten, um eine öffentliche Debatte zu befördern.

752 Die Auseinandersetzung um die Zukunft der Ukraine wird noch lange anhalten und damit auch die Kriegsgefahr. DIE LINKE distanziert sich unmissverständlich von Aktivitäten von Rechtspopulisten, Nationalisten, Verschwörungstheoretikern und Antisemiten, die die Sorge vor Krieg und Eskalation zum Anlass nehmen, um auf „Montagsmahnwachen“ oder „Montagsdemonstrationen“ rechtspopulistische Welterklärungsmuster und „Querfront“-Strategien salonfähig zu machen. DIE LINKE wird mit diesen Kräften ganz grundsätzlich nicht zusammenarbeiten. Was als „überparteilich“ dargestellt wird, ist am Ende nicht selten die Propagierung von Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus und Homo-/Trans*feindlichkeit. Das lehnen wir ohne Wenn und Aber ab. DIE LINKE wird alles unternehmen, um durch Aufklärung und Informationsarbeit auf den rechtspopulistischen Charakter dieser Veranstaltungen und der Rhetorik der Organisatoren der „Montagsdemonstrationen“ hinzuweisen. Anstatt der Verklärung und Verwischung der exis-

762 tierenden Widersprüche in unserer Gesellschaft den Boden zu bereiten, setzen wir auf einen klaren Tren-
763 nungsstrich gegenüber den unter „Kapitalismuskritik“ firmierenden rechten und neurechten Ideologien.
764 Diese sind letztlich nichts anderes als die Konstituierung von „Sündenböcken“ in der Rhetorik der Kapita-
765 listenkritik, die auch im rechten und nationalistischen Diskurs eine lange Tradition hat. Das am 8. Mai
766 2015 auch die NPD mit ihrer Kampagne „Frieden, Freiheit, Souveränität“ auf diesen Zug aufgesprungen
767 ist, ist nur ein weiterer Beleg für die Notwendigkeit, klar Position zu beziehen. „Kein Fußbreit den Faschis-
768 ten“ muss auch und gerade in der Friedensbewegung gelten.

769

770 **5. LINKE Politik für den ländlichen Raum**

771 Besonderes Augenmerk müssen wir in den kommenden Jahren darauf legen, für die Regionen außerhalb
772 der ganz großen Städte attraktive und realistische Politikangebote zu entwickeln.

773 Dabei wollen wir auf der Ebene der Landkreise mit an linken Zukunftskonzepten arbeiten, welche Per-
774 spektiven aufzeigen, uns aber auch in den Kommunen mit konkreten Vorstellungen und Vorschlägen
775 einbringen. Im Mittelpunkt steht dabei für uns immer ein politischer Dialog mit den Menschen.

776 Es wird nicht möglich sein, nur das eine Konzept für den ländlichen Raum zu entwerfen. Dafür sind die
777 sächsischen Regionen zu unterschiedlich und in sich zu heterogen. Uns ist deshalb eine sehr konkrete,
778 ortsbezogene und kleinteilige Herangehensweise wichtig, welche lebensweltliche Anknüpfungspunkte
779 bietet und den Bedürfnissen nach gleichwertigen Lebensbedingungen gerecht wird. Darin liegt die eigent-
780 liche Herausforderung.

781

782 5.1. Tätigkeit und Leben im ländlichen Raum müssen vereinbar sein

783 Zum Leben der meisten Menschen gehört eine Tätigkeit, die nicht nur reiner Broterwerb ist, sondern in
784 gewissem Maße auch erfüllen soll, hinzu. Dies steht und fällt nicht nur mit angemessenen Arbeitsbedin-
785 gungen, sondern auch mit einer ordentlichen Vergütung. Die Niedriglohnstrategie der CDU der letzten 25
786 Jahre stellt uns gerade jetzt in den ländlichen Räumen vor Scherbenhaufen. Das Lohnniveau ist so nied-
787 rig, dass viele Aufstocken müssen, um überhaupt über den Monat zu kommen. Und es ist ein endloser
788 Kreislauf. Niedrige Einkommen, geringe Kaufkraft – ein Schleife, aus der ohne arbeitsmarktpolitische
789 Interventionen nicht rauszukommen ist. Die Kaufkraft durch ordentliche Bezahlung wiederum ist wichti-
790 ger Baustein für Lebensqualität und regionale Wirtschaftskreisläufe. Wenn Ausflüge ins urbane Leben
791 möglich sind, dann ist evtl. auch das Leben im ländlichen Raum attraktiver. Es ist Kaufkraft nötig, um
792 einheimischen Produkten den Vorzug zu geben.

793 Kurz: Wir brauchen arbeitsmarktpolitische Programme für die ländlichen Regionen in Sachsen, aber auch
794 eine Perspektive die über die klassischen Grenzen des ersten Arbeitsmarktes hinausweist.

795

796 5.2. Infrastruktur-Abstrakter Begriff und konkrete Lebenswirklichkeit

797 Das Leben auf dem Lande bietet im Vergleich zum städtischen Alltag auch Vorteile. Erholung direkt vor
798 der Haustür, mehr Zusammenhalt untereinander, Ruhe vom stressigen Arbeitsleben, weniger Lärm-,
799 Licht-, und Luftverschmutzung usw. Unter anderem deshalb wollen viele auch perspektivisch in diesen
800 Räumen leben.

801 Ob Menschen ihr Leben im ländlichen Raum noch lebenswerter gestalten können, hängt nicht zuletzt von
802 der vorhandenen Infrastruktur ab. So ist beispielsweise die Frage der Mobilität entscheidend für die Mög-
803 lichkeit, einen Wohnort im ländlichen Raum mit dem Arbeitsplatz und attraktiven kulturellen Angeboten
804 zu verknüpfen. Das bedeutet, dass die Landkreise und Gemeinden hier Lösungen für attraktiven OPNV
805 anbieten müssen.

806 Menschen brauchen Orte des Lebens und Orte des Treffens. Für den ländlichen Raum sind das nicht
807 zuletzt beispielsweise Gast- oder BürgerInnenhäuser, die es zu erhalten und als generationenübergreifen-
808 de Angebote zu etablieren gilt.

809 Zu attraktiven Lebensräumen gehören auch Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Dabei muss der ländli-
810 che Raum nicht zwangsläufig in Konkurrenz mit Großstädten treten – kann er auch nicht, denn ein solch
811 geballtes kulturelles, sportliches Angebot bzw. Freizeitangebote auf engstem Raum wird in der Fläche
812 nicht abzusichern sein. Aber dennoch bedarf es einer Grundstruktur. Diese muss allen Altersgruppen
813 gerecht werden, kann und sollte auch generationenübergreifend gestaltet werden. Genau das macht den
814 Zusammenhalt in ländlichen Regionen aus. Dabei können zum Beispiel auch touristische Angebote mit
815 denen für die in der Region lebende Bevölkerung verknüpft werden.

816 Um in einer Region zu bleiben, bedarf es perspektivisch eines ausreichenden Angebotes gesundheitlicher
817 Versorgung. Ärzte und Fachärzte sind genauso notwendige wie eine ausreichende Anzahl an Pflegekräf-
818 ten. Derzeit ist weder vom Freistaat Sachsen, noch von den Landkreisen eine ernsthafte Auseinanderset-
819 zung und konzeptionelle Arbeit hinsichtlich des Ärzte- und Pflegepersonalmangels zu sehen – von vor-
820 sichtigen Versuchen, wie Förderstipendien für angehende Ärzte mal abgesehen. Die Gestaltung einer
821 flächendeckenden Gesundheitsversorgung ist eine weitere entscheidende Säule für ein gutes Leben im
822 ländlichen Raum. Zumal dies nicht nur ein Problem der Älteren ist, die sich einen würdevollen Lebens-
823 abend verdient haben. Sondern diese Frage ist auch für junge Menschen und Familien entscheidend,
824 wenn sie überlegen, wo sie leben und bleiben wollen.

825 Und all dies selbstverständlich barrierefrei und inklusiv.

826 Schulen und Kitas sind wichtige Faktoren für Familien, um sesshaft zu werden. Es kann nicht sein, dass in
827 den ländlichen Regionen mehr und mehr freien Schulen die Versorgungsaufgabe staatlicher Schulen
828 übernehmen. Auch hier sind wir noch konzeptionslos.

829

830 5.3. Ungeregelte Unternehmens- und Praxisnachfolgen

831 Insbesondere in den ostdeutschen ländlichen Regionen werden Unternehmens- und Praxisnachfolgen
832 zum Problem. Familienbetriebe werden nicht von den nachfolgenden Generationen übernommen, weil die
833 Rahmenbedingungen nicht stimmen.

834 Gerade aber die kleineren Betriebe stellen einen erheblichen Teil an Infrastruktur im ländlichen Raum.
835 Wenn diese wegbriecht, wird Leben im ländlichen Raum noch unattraktiver. Auch hier ist konzeptionelle
836 Arbeit nötig. Neben der Schaffung und dem Erhalt von Rahmenbedingungen und Infrastruktur sollte es
837 hier Förderprogramme geben. Das gleiche gilt für die Praxisnachfolge.

838 Hier reichen vermutlich auch keine Anreize, die zwei Jahre andauern, sondern es braucht ganzheitlicher
839 Ansätze. Bereits in Berufsausbildung und Studium sollte für den ländlichen Raum geworben werden und
840 auch die Ausbildung den Besonderheiten entsprechend ausgerichtet werden. Weiterhin müssen diejeni-
841 gen, die eine Start in ländlichen Regionen wagen, auch die Gewähr haben, dass die Rahmenbedingungen
842 stabil bleiben, angefangen bei ausgebildeten Arbeitskräften, weitergehend über Unterstützung bei der
843 Nutzung bestehender Förderprogramm, aber auch Beratungen, in Zeiten, in den die Geschäfte nicht so
844 gut laufen.

845

846 5.4. Regionale Wirtschaftskreisläufe

847 Parteiübergreifend wird seit Jahren die Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe beschworen. Die zu
848 beantwortende Frage ist die der konkreten Umsetzung. Welche Möglichkeiten hat der Freistaat, um das
849 zu unterstützen? Wie können die Landkreise aktiv werden? Welche Rolle spielen die vergleichsweise nied-
850 rigen Einkommen im ländlichen Raum? Wie schafft man es, auch bei den in den Regionen lebenden Men-

851 schen mehr Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Dienstleistungen und Produkte aus der Region bezogen
852 werden müssen? Reichen dafür wirklich Imagekampagnen oder bedarf es mehr? Wir brauchen hier Ansät-
853 ze und Konzepte, denn auch die wirtschaftliche Schere zwischen Stadt und Land darf nicht noch weiter
854 auseinander klaffen. Und wenn wir unseren Ansatz, dass wir Politik mit den Menschen für die Menschen
855 machen wollen, ist es oberstes Gebot, auch über wirtschaftliche Strukturen in den ländlichen Regionen
856 tiefgreifender als bisher zu reden.

857

858 5.5. Beteiligung von Menschen und breite Information

859 In ländlichen Räumen hat man das Gefühl, dass sich Politik und Verwaltung miteinander zurecht ge-
860 schaukeln haben. Man kennt sich über Jahre persönlich und will sich auch nicht wehtun. Aber genau das
861 tut Entwicklung in den Regionen weh und am der Gesellschaft im ländlichen Raum. Politik im Meinungs-
862 streit zu entwickeln hat das letzte Mal vermutlich vor 20 Jahren stattgefunden. Eher zeichnet sich ein
863 Bild, dass alle ihre Pflicht tun und mehr oder weniger ratlos sind.

864 Hier müssen wir als LINKE aktivieren und im Meinungsstreit, Austausch und Debatte mit unseren Positio-
865 nen informieren und Licht ins Politikdunkel bringen. Barrierefreie Landkreisinformationssysteme, die
866 Menschen allen Alters gerecht werden und die Mindeststandards an Transparenz entsprechen, sind ein
867 interessanter Ansatz.

868 Teil der Strategie des Landesverbandes der LINKEN stärker akzentuiert sozialistische Minderheitenpolitik
869 sein. Minderheitenpolitik in Sachsen ist in ihren Auswirkungen weder auf das Land begrenzt, noch am
870 Rande politischen Geschehens angesiedelt; und weder für die Gesellschaft insgesamt und die Partei
871 selbst eine Nebensache, mit der man sich gelegentlich schmücken kann. Sie ist eine originäre Kernauf-
872 gabe.

873

874 5.6. Junge Menschen und Landleben – geht das noch zusammen?

875 In ländlichen Regionen wird viel über junge Menschen geredet, aber nicht mit ihnen. Das ist problema-
876 tisch, weil es keine Befragungen, Erhebungen und Debatten dazu gibt, was sich der jüngere Teil der Be-
877 völkerung von ihrer Region wünscht, was sie überzeugen könnte, zu bleiben.

878 Die jüngere Generation und deren Infrastrukturwünsche und -bedürfnisse vor Ort bleiben oft auf der
879 Strecke. Insbesondere die in den Landkreisen flächendeckend in Verantwortung stehende CDU ist ent-
880 weder nicht gewillt, das Demografieproblem zu lösen, oder die Ideenlosigkeit hat sie so lethargisch ge-
881 macht, dass auf diesem Gebiet so gut wie nichts passiert.

882 In manchen Regionen Sachsen ziehen insbesondere auch jüngere Frauen vermehrt weg, weil sie z.B.
883 perspektivisch keine Beschäftigung finden. Dementsprechend müssen die Bedürfnisse von Frauen und
884 die Entwicklung von ernsthaften Perspektiven für den weiblichen Teil der Bevölkerung bei allen zu bear-
885 beitenden Politikfeldern im Besonderen mitgedacht werden.

886 Hier sind unsere Kreistagsfraktionen, die Gemeinderäte, aber auch die Landtagsfraktion gefragt.

887

888 5.7. Neue Debatte über Gemeingüter

889 Für die städtischen Räume werden derzeit sehr linke und progressive Debatten geführt, zum Beispiel zu
890 Gemeingütern oder der Allmende als eine Rechtsform des gemeinschaftlichen Eigentums. Dort ist diese
891 Diskussion im linken Spektrum schon sehr weit vorgedrungen. Im ländlichen Raum spielen solche Ansät-
892 ze bisher kaum eine Rolle. Diesen Ansätze einen breiteren Raum in unserer Politikentwicklung zu geben
893 um daraus ggf. Lösungen für einige der Probleme im ländlichen Raum zu entwickeln, kann eine Aufgabe
894 der nahe liegenden Zukunft sein.

895 Einfach ist die Debatte um Gemeingüter für uns LINKE nicht, denn die Logik dieser Debatte fußt bei-
896 spielsweise einer Vorstellung von weniger Staat. Aber eben zugleich auch auf weniger Markt und mehr
897 Gemeinschaft – diese beiden Gedanken sind uns sehr nahe. Es geht darum, jenseits von Markt und Staat
898 Entfaltungsmöglichkeiten für den Einzelnen und gleichzeitig auch bessere Lebensqualität für alle zu bie-
899 ten. Der Grundgedanke der Allmende hingegen bezeichnet Gemeinschafts- oder Genossenschaftsbesitz
900 abseits von ausgewiesenen landwirtschaftlichen Nutzflächen zum Beispiel. Die Allmende ist im Grunde
901 Teil des Gemeindevermögens, der in Büchern nicht auftaucht, aber von allen genutzt wird. Darunter fallen
902 abseits gelegene Wege, Wälder oder auch der Löschteich.

903 Unter dieser Idee finden sich Nahversorgungsläden, die von Bürgerinnen und Bürgern z.B. genossen-
904 schaftlich betrieben werden, um die Infrastruktur zu erhalten. Diese Vereins- und Genossenschaftsstruk-
905 turen werden im österreichischen Raum von Land und Gemeinden unterstützt und durch finanzielle Bei-
906 träge aus der Bevölkerung getragen. In ganz Europa bauen mehr und mehr Menschen eine sog. solidari-
907 sche Landwirtschaft in Form von Genossenschaften von unten auf und schaffen Ernährungssouveränität
908 – weil sie nicht warten wollen, bis sich Politik ihren Problemen zuwendet. Auch wenn wir LINKE zuerst
909 den Staat in der Pflicht sehen, sollten wir aufgeschlossen sein gegenüber solchen Selbstermächtigungs-
910 modellen und diese Debatte auf den ländlichen Raum übertragen.

911

912 5.8. Klamme Kassen als Verhinderer – nicht mit uns

913 Seit Jahren werden die Kreise und Gemeinden ausgeblutet. Kein Wunder, dass landauf landab Probleme
914 entstehen. Wir LINKEN haben hier die Aufgabe, wieder mehr in den Mittelpunkt zu rücken, dass ländliche
915 Regionen eine ausreichende Finanzausstattung brauchen. Dabei ist die schwarze Null nicht unser Gebot
916 der Stunde, sondern das, was vor Ort nötig ist. Die Parteidisziplin von CDU-Landräten und Bürgermeiste-
917 rInnen, unbedingt ausgeglichene Haushalte vorlegen zu wollen, schaden Sachsen und seinen Regionen
918 auf lange Sicht. Damit wird an notwendigen Investitionen gespart, welche für die Attraktivität des ländli-
919 chen Raum unabdingbar sind und für die Lebensqualität notwendig. Auch hier sind wir wieder bei Fragen
920 des OPNV, Schulen, Kitas usw. Das müssen wir deutlicher benennen und gegen den Strom schwimmen.
921 Es braucht mehr noch Finanzrahmen, über die die Menschen in den Regionen entscheiden können, wo
922 sie ihre Prioritäten setzen können, mit Hilfe derer bürgerschaftliches Engagement befördert wird und
923 wieder Entscheidungsbefugnisse an Menschen delegiert wird, die sich nicht zur Wahl gestellt haben.

924

925 5.9. LINKE Kreispolitik

926 Wir brauchen Dynamik und Schwung in den Debatten für den ländlichen Raum und wir sollten mutige
927 Forderungen aufmachen und mutige Konzepte entwickeln. Denn die meisten Dinge sind machbar, wenn
928 alle Ebenen zusammen wirken. Weiterhin darf Kreispolitik keine „Politik der Gemeinderäte oder Bürger-
929 meisterInnen“ im Kreistag sein, sondern muss sich auf den gesamten Kreis fokussieren. Nach wir vor
930 liegt hierin eine Herausforderung, die sich mit der Funktional- und Verwaltungsreform nochmals ver-
931 schärft hat.

932 Wir müssen aufzeigen, wie es besser geht und brauchen uns dabei nicht an den Sachzwängen der Regie-
933 renden orientieren, sondern weiterhin an unseren linken Leitbildern. Dafür bedarf es AkteurInnen vor Ort,
934 auf deren Suche wir uns stärker begeben müssen, denn die einstimmig beschlossenen Personalentwick-
935 lungskonzepte waren nur bedingt fruchtbar. Innerparteilich brauchen wir hier dezentrale Ansätze, um
936 wieder politische AkteurInnen einzubinden, die auch in Zukunft DIE LINKE-Fahne in der Fläche hoch hal-
937 ten. Wir sind diejenigen, die informieren, bürgernah Informationen aufbereiten und zur Verfügung stellen,
938 kritisch hinterfragen. Wir sind diejenigen, die Menschen einbinden und mitnehmen.

939 Es macht den Anschein, als ob Frauen sich politisch in anderer Art und Weise als Männer, nämlich sehr
940 konkret vor Ort einbringen. Dafür binden sie sich weniger stark an politische Organisationen. Auch hier
941 liegt für uns eine Chance, denn mit einer Ermöglichungshaltung und der politischen Beachtung der Be-
942 dürfnisse des weiblichen Teils der Bevölkerung können wir hier handlungsstarke AkteurInnen gewinnen.
943 Gerade im ländlichen Raum ist Politik oft eine Männerdomäne – das muss so nicht bleiben.
944 Kommunalpolitik muss nicht langweilig sein. Schon allein das innerliche Entziehen vom Sachzwangargu-
945 ment verschafft uns Freiheit und Potentiale für innovative Ideen.

946

947 **Projekt: Verankerung und inhaltliche Debatte im Ländlichen Raum**

- 948 1. Um die Verankerung der LINKEN in den Flächenkreisen zu erhalten bzw. wieder neu zu strukturieren,
949 wird der Landesvorstand damit beauftragt, anknüpfend an die Wahlauswertungen der Kreisverbände
950 sowie dort stattfindenden Debatten gemeinsam mit den jeweiligen Kreisverbänden regionale Konzepte zu
951 erarbeiten, wie wir gesellschaftliche AkteurInnen an uns binden und für LINKE Politik begeistern kön-
952 nen.
- 953 2. Weiterhin werden der Landesvorstand und die Kreisverbände beauftragt, Methoden zu finden, wie wir
954 inhaltliche Debatten in den Flächenkreisen entwickeln und führen können und wie es uns gelingen
955 kann, gesellschaftliche Diskurse zu relevanten Fragestellungen vor Ort anzustoßen. Dabei kann der
956 Landesvorstand nur einen Rahmen entwickeln, der dann auf die Kreise bzw. Regionen herunterge-
957 brochen wird. Ziel muss es sein, Perspektiven der Kreise unter den Prämissen der sozialen Gerech-
958 tigkeit, der Solidarität, der Zukunftsfähigkeit zu diskutieren.
- 959 3. Für diese beiden Schwerpunkte sollte der Landesvorstand bis Mitte 2016 erste Anknüpfungspunkte
960 gemeinsam mit den Kreisverbänden entwickelt haben.

961

962 **6. Außerparlamentarische Verankerung**

963 Auch auf dem Gebiet der außerparlamentarischen Verankerung ist das Programm unserer Partei rich-
964 tungsweisend für die vor uns stehenden Aufgaben. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Gedanke,
965 dass sich DIE LINKE entsprechend des Erfurter Programms als „lernende Partei“ versteht. Wir wollen
966 gemeinsam mit den Menschen in Sachsen Politik gestalten. Wir wissen, dass wir unsere Vorstellungen
967 von einer besseren Gesellschaft weder allein noch gegen gesellschaftliche Mehrheiten umsetzen können.
968 Wir wollen auch hier im Freistaat Konzepte aus der Gesellschaft aufgreifen, eigene entwickeln und breite
969 gesellschaftliche Mehrheiten gewinnen. Die Chance über barrierefreie und inklusiv gestaltete Konzepte
970 eine breitere Basis der Bevölkerung ansprechen zu können, darf dabei nicht unberücksichtigt bleiben. Ein
971 politischer Richtungswechsel und gesellschaftliche Veränderungen lassen sich auch auf der Ebene eines
972 Bundeslandes nicht allein auf parlamentarischer Ebene durchsetzen. Er kann nur gelingen in einem
973 Wechselspiel politischer Auseinandersetzungen im außerparlamentarischen und im parlamentarischen
974 Bereich.

975 Wir arbeiten auch in Sachsen für ein Bündnis, welches sowohl Lohnabhängige und sozial Benachteiligte
976 wie bedrohte Mittelschichten und andere sozial, libertär und humanitär orientierte Milieus anspricht. Wir
977 gehen von den gemeinsamen Interessen abhängig arbeitender, erwerbsloser und diskriminierter Men-
978 schen im Freistaat und ihren konkreten Problemen aus. Dieses Bündnis muss Gewerkschaften, globalisie-
979 rungskritische und gesellschaftskritischen Initiativen, sozialen Bewegungen, progressiven Menschen aus
980 Wissenschaft und Kultur und der parteipolitischen Linken umfassen. Wir unterstützen Zusammenschlüsse
981 gegen Neofaschismus, Rassismus, Antisemitismus und wollen mit allen zusammenwirken, die sich für
982 soziale Gerechtigkeit, für bessere Bildung, Emanzipation und mehr Demokratie, Frieden und für den Er-

983 halt der Natur einsetzen. Auf Grundlage solcher Bündnisse und ihrer Aktivitäten kann der außerparlamen-
984 tarischen Druck entstehen, der die Interessen vieler Bevölkerungsgruppen artikuliert. DIE LINKE ist in
985 Sachsen sowohl auf Landesebene als auch in vielen Städten und Gemeinden immanenter Bestandteil
986 solcher Bündnisse der außerparlamentarischen Bewegungen. Dieses Wirken muss auch in Zukunft beibe-
987 halten und nach Kräften ausgebaut werden. Das ermöglicht uns, entsprechende Initiativen in die Parla-
988 mente zu tragen, um dort glaubhaft um Mehrheiten ringen zu können. Deshalb ist für DIE LINKE weiterhin
989 das Außerparlamentarische das Entscheidende im Wechselspiel mit dem Parlamentarischen.

990 Für die Durchsetzung eines politischen Richtungswechsels und einer solidarischen Umgestaltung brau-
991 chen wir starke, aktive, kämpferische und politisch eigenständig handelnde Gewerkschaften. Sie agieren
992 nicht nur in der Zivilgesellschaft, sondern sind auch in der Arbeitswelt verankert. Dies verleiht den ge-
993 werkschaftlich organisierten Beschäftigten eine gesellschaftliche Machtposition, die von zentraler Bedeu-
994 tung für die Durchsetzung sozialer und sozialistischer Umgestaltungen ist. Soziale Bewegungen mit ihren
995 beweglich agierenden, kampagnenfähigen Netzwerken und unabhängigen Strukturen haben ebenfalls
996 eine herausragende Bedeutung für die Durchsetzung gesellschaftlicher Veränderungen.

997 Selbstverständlich beteiligen wir uns nur an solchen außerparlamentarischen Bewegungen und Aktivitä-
998 ten beteiligen, die mit unseren im Erfurter Programm benannten Zielen und Grundwerten vereinbar sind.
999 Diese sind vor allem also der Kampf für eine Gesellschaft, in der kein Mensch in Armut leben muss, in der
1000 alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen
1001 Verhältnisse demokratisch gestalten können. Die Überwindung gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen
1002 Menschen ausgebeutet, entrechtet und entmündigt werden und in denen ihre sozialen und natürlichen
1003 Lebensgrundlagen zerstört werden. Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und
1004 jeden durch sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität.
1005 Überwindung der Dominanz des Profits und die Schaffung verlässlicher und gute Lebensbedingungen als
1006 das Ziel des Wirtschaftens sowie Unterordnung der Wirtschaft unter die solidarische Entwicklung und den
1007 Erhalt der Natur. Für Verhältnisse, in denen die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie
1008 Entwicklung aller ist. Auch künftig werden wir aktiven Widerstand gegen Menschenfeindlichkeit, Kriegs-
1009 verherrlichung, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit oder jegliche andere Formen von ext-
1010 rem rechtem Denken und Handeln leisten.

1011 DIE LINKE Sachsens muss sich in Zukunft wieder wesentlich stärker außerparlamentarisch verankern.
1012 Dabei muss sie Defizite und Versäumnisse der letzten Jahre, die nicht zuletzt zu sinkenden Wahlergebnis-
1013 sen geführt haben, weiter gründlich analysieren. Nur selbstkritische Einsichten und Schlussfolgerungen
1014 können das unerlässliche strategische Umsteuern bewirken. Dabei kann unter Beachtung heutiger und
1015 künftiger Herausforderungen an bereits früher gewonnene vielfältige Erfahrungen, die in den letzten Jah-
1016 ren leider viel zu wenig Beachtung fanden, angeknüpft werden.

1017
1018 Wenn DIE LINKE gesellschaftliche Veränderungen erreichen will, wird dies allein über parlamentarische
1019 Initiativen wohl nicht gelingen. Vielmehr muss es außerparlamentarischen Druck geben, der die Interes-
1020 sen relevanter Bevölkerungsgruppen artikuliert. Insofern muss DIE LINKE unter Wahrung ihrer Eigenstän-
1021 digkeit zum immanenten Bestandteil außerparlamentarischer Bewegungen werden, ohne daraus einen
1022 Führungsanspruch abzuleiten. Erst dies ermöglicht es ihr, entsprechende Initiativen in die Parlamente zu
1023 tragen, um dort glaubhaft um Mehrheiten ringen zu können. Deshalb ist für DIE LINKE das Außerparla-
1024 mentarische das Entscheidende im Wechselspiel mit dem Parlamentarischen.

1025

1026 DIE LINKE setzt sich weiterhin vor allem für die Interessen der lohnabhängig Beschäftigten sowie der
1027 Benachteiligten, Ausgegrenzten und Diskriminierten aller Generationen ein. Dies sind mit weitem Abstand
1028 die meisten Menschen in diesem Land! Nur in diesem Sinne begreifen wir uns als eine Volkspartei und
1029 eben nicht im herkömmlichen Sinne mit vermeintlichem Anspruch der Interessenvertretung aller Bevölke-
1030 rungsschichten und dem Bestreben, in die politische Mitte der Gesellschaft rücken zu wollen. Weil wir
1031 aber eben nicht am Rande der Gesellschaft stehen, sondern die Interessen so vieler gesellschaftlicher
1032 Gruppen, die insgesamt die Mehrheit der Bevölkerung bilden, weil wir die Ausweitung der demokrati-
1033 schen Beteiligungsrechte durch Volks- und BürgerInnenentscheide betreiben, können wir in Anspruch
1034 nehmen, die Partei für die Mehrheit der Menschen im Land zu sein. Als demokratisch-sozialistische Partei
1035 ist dies eine unserer wichtigsten Aufgaben. Da DIE LINKE allein nicht in der Lage ist, die notwendigen
1036 Veränderungen im Sinne eines wirklichen Politikwechsels in Sachsen zu bewirken, bedarf es einer kon-
1037 struktiven und zugleich differenzierten Bündnispolitik, die sich bewusst auf die außerparlamentarische
1038 Arbeit konzentriert. Im Verhältnis zu anderen Parteien, zu denen es am ehesten programmatische
1039 Schnittmengen gibt, betonen wir unser eigenes politischen Profils und das Stärken unserer gesellschaftli-
1040 chen Einflussmöglichkeiten. Im Kampf gegen Diskriminierung und erstarkendes menschenfeindliches
1041 Denken und Handeln, im Kampf um die Verteidigung der Demokratie, im Kampf um die Rechte der Ar-
1042 beitnehmerInnen und in ähnlichen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen suchen wir selbstverständ-
1043 lich auch das Bündnis auch mit diesen Parteien. Wir streben eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit den
1044 Gewerkschaften, globalisierungskritischen und gesellschaftskritischen Initiativen, sozialen Bewegungen,
1045 mit Zusammenschlüssen gegen Neofaschismus, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit an
1046 und wollen mit allen zusammenwirken, die sich für soziale Gerechtigkeit, für bessere Bildung, Emanzipa-
1047 tion und mehr Demokratie, Frieden und für den Erhalt der Natur einsetzen, ohne dass wir deren Positio-
1048 nen vollständig übernehmen müssten.

1049

Zur Abstimmung auf dem Landesparteitag ff. Einfügung / Ergänzung:

1050 Insbesondere das Prinzip der Sozialpartnerschaft, zu dem sich der DGB und die dem DGB angehörenden
1051 Gewerkschaften bekennen, wird von der LINKEN. Sachsen abgelehnt. Unter diesem Etikett werden die
1052 Klassenverhältnisse verschleiert, die objektiven Interessengegensätze zwischen ArbeiterInnenklasse
1053 und Bourgeoisie werden durch Konsenspolitik vermeintlich gelöst und offene Konflikte eingedämmt. Die
1054 Sozialpartnerschaft hemmt die Klassenauseinandersetzungen, die zur Überwindung der kapitalistischen
1055 Gesellschaftsordnung notwendig sind. Die Mitglieder der LINKEN Sachsen, die in Gewerkschaften aktiv
1056 sind, wirken langfristig daran, dass gewerkschaftliche Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft zu beenden.

1058

1059 Die Gewerkschaften sind die wichtigsten Interessenvertreter der lohnabhängig Beschäftigten und verdie-
1060 nen unsere grundsätzliche Solidarität ebenso wie die unter oftmals schwierigen Bedingungen kämpfen-
1061 den Initiativen und sozialen Bewegungen, die sich für die Interessen der an den Rand gedrängten Men-
1062 schen einsetzen. Deshalb sollten unsere Mitglieder dort verankert sein und durch ihr aktives Mitwirken
1063 linke Positionen dort vertreten, ebenso aber auch durch dieses Wirken die Positionen unserer Partei wei-
1064 terentwickeln. Vor allem unseren Abgeordneten und Funktionsträger empfehlen wir, einer Gewerkschaft
1065 und den benannten Initiativen und sozialen Bewegungen anzugehören und dort aktiv mitwirken. Das
1066 schafft Vertrauen und zugleich die Möglichkeit zur Gewinnung von Mitgliedern und Sympathisanten für
1067 DIE LINKE.

1068

1069 Darüber hinaus muss es uns darum gehen, unsere Präsenz Sozialverbänden und -vereinen auszubauen
1070 und dort unsere Inhalte zu vertreten und weiterhin für die Übernahme von Funktionen zur Verfügung zu

1071 stehen. Gleiches gilt für Zusammenschlüsse im Sport-, Kultur-, Bildungs- oder Umweltbereich. Insbeson-
1072 dere vor Ort dürfen wir das Feld nicht länger der CDU überlassen, die bekanntlich selbst in Initiativen, die
1073 eigentlich nicht ihren politischen Grundsätzen entsprechen, Funktionen ausübt.
1074 Das minderheitenpolitische Wirken der Landespartei in allen Ebenen ist im Einklang mit programmati-
1075 schen und statuarischen Grundsätzen der Partei effizienter zu gestalten und der sorbischen Bevölkerung
1076 die Gewissheit zu vermitteln, dass sich die LINKE grundsätzlich in ihrer politischen Arbeit der kulturellen,
1077 sprachlichen und administrativen Angelegenheiten der Sorbinnen und Sorben annimmt. Dies ist vor dem
1078 Hintergrund einer in großen Teilen katholisch-konservativen Bevölkerung besonders anspruchsvoll.

1079
1080 **7. Abschluss**
1081 Von Gesellschaft, von Menschen, von ArbeitnehmerInnen wird immer wieder erwartet, dass sie sich ver-
1082 ändern und an die Bedingungen im Hier und Jetzt anpassen. Nun muss man das nicht immer gut finden,
1083 aber es ist der Lauf der Zeit. Für uns als LINKE in Sachsen bedeutet das, kritisch zu hinterfragen, inwie-
1084 fern wir uns an die Gegebenheiten anpassen. Hier kann man der Auffassung sein, dass gerade von uns
1085 erwartet wird, dass wir uns nicht „verbiegen“. Wir müssen uns auch allerdings nicht verbiegen, nur weil
1086 wir mit der Zeit gehen. Denn es ist Bestandteil unserer Programmatik, unserer Grundansichten, dass
1087 Gesellschaft sich verändert - und dass wir uns selbst verändert. Im Erfurter Programm bezeichnen wir uns
1088 deshalb als „lernende Partei“.
1089 Wir wollen eine andere Politik. Das bedeutet auch, dass wir innerparteilich anders sein müssen, als ande-
1090 re Parteien. Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit, ob wir unsere gesellschaftlichen Veränderungsforde-
1091 rungen, die wir richtigerweise aufmachen, auch innerparteilich leben. Wir haben keine Angst vor mehr
1092 direkter Demokratie – diese sollten wir auch in den eigenen Reihen leben. Wir haben keine Angst vor der
1093 Digitalisierung der Gesellschaft, wenngleich wir davor warnen, welche Auswirkungen sie hat und dass
1094 Politik derzeit keine Antworten auf selbige bietet. Die Möglichkeiten der digitalen Kommunikation auch
1095 mehr für das innerparteiliche Leben zu nutzen ist notwendig und muss auch nicht gleichbedeutend damit
1096 sein, dass wir den älteren Teil der Mitgliedschaft abhängen. Im Gegenteil, unsere Partei ist das beste
1097 Testfeld, klassische Methoden der Mitbestimmung mit modernen zu verbinden – ohne dabei das eine
1098 gegen das andere auszuspielen. Barrierefreiheit ist dafür eine weitere Bedingung.
1099 Weiterhin müssen wir als Partei der Zukunft auch damit beginnen, dass wir die Sprache der Zukunft spre-
1100 chen. Viel zu oft haben wir innerparteilich die Erwartungen, dass Schlüsselbegrifflichkeiten aus dem poli-
1101 tischen Raum auch in öffentlichen Texten fallen. Die Reaktion der Menschen auf Politiksprech ist aller-
1102 dings abweisend. Vielmehr sollten wir hinterfragen und leben, was moderne Politik für uns bedeutet.
1103 Auch die Frage von Hierarchien ist hierbei zu stellen. Gibt es Politik als Obrigkeit noch bzw. wird sie als
1104 solche noch akzeptiert? Sollte sie als solche verstanden werden? Welche Wege gibt es, Augenhöhe für
1105 alle Menschen im Lande mit Berufspolitik herzustellen?
1106 Wenn die These stimmt, dass gerade Jüngere nicht wählen gehen, sich für Politik weniger interessieren
1107 und falls doch, dann zu einen hohen Prozentsatz sogenannte nichtetablierte Parteien wählen, dann müs-
1108 sen wir darauf auch in Stil und Methode reagieren. Warum nicht wieder den Fokus darauf legen, dass
1109 Politik ein sinnvolles Hobby, eine spannende Freizeitbeschäftigung ist, statt in den Kanon der CDU mit
1110 einzustimmen, wie schwierig doch das politische Geschäft sei? Warum nicht Wege finden, in denen auch
1111 Meinungen und Erreichtes aus Nichtgremien Gehör findet bzw. gewürdigt wird? Warum nicht auch all
1112 jenen Beteiligungsräume anbieten, denen Gremienarbeit zu staubtrocken ist? Warum dabei nicht auch die
1113 Rolle von Gremien und Ämtern hinterfragen und sie zu Anlaufstellen und Ermöglicern hin entwickeln?
1114 Warum nicht auch QuereinsteigerInnen eine Chance geben, statt die Anforderung des Hochdienens zu
1115 haben?

1116
1117 Unsere größte Hürde dabei ist, dass wir das Eine gegen das Andere stellen. Wir brauchen aber mit Blick
1118 auf Zustand und Entwicklung unserer Partei den Mut zu Beidem. DIE LINKE. Sachsen sollte den Anspruch
1119 haben, Partei für Alle zu sein.
1120
1121 Strukturell haben wir neben den innerparteilichen Fragen der Methoden auch die dringende Aufgabe, den
1122 ländlichen Raum nicht aufzugeben bzw. zu verlieren. Neben dem Fakt, dass wir zu Wahlen auf die Stim-
1123 men im ländlichen Raum angewiesen sind und hier wieder Land gewinnen müssen – zwischen CDU –
1124 Hochburgen und einer Tendenz der Bildung von Wählerinitiativen, müssen wir für den ländlichen Raum
1125 vor allem inhaltliche Lösungen finden. Aber auch parteistrukturelle Lösungen. Derzeit haben wir in den
1126 Städten Leipzig, Dresden und teilweise Chemnitz Zulauf von Jüngeren und auch perspektivisch gefestigte
1127 Parteistrukturen. Zusätzlich gibt es mit den professionellen Stadtratsfraktionen, Stiftungsstandorten,
1128 politischen Veranstaltungen viele inhaltliche Angebote.
1129 Im ländlichen Raum sind die Abgeordnetenbüros oder Parteibüros oft die einzigen Anlaufstellen und poli-
1130 tische Angebote sind kaum vorhanden. Hier entsteht ein politisches und strukturelles Ungleichgewicht,
1131 welches dadurch verschärft wird, dass der Altersdurchschnitt der Parteimitglieder im ländlichen Raum
1132 höher ist als in den Städten. Für die Zukunft bedarf es also Konzepte, welche Partei im ländlichen Raum
1133 erlebbar macht mit politischen Angeboten für die Regionen. Derzeit sind die politischen Inhalte, die wir
1134 als LINKE diskutieren oftmals auf Städte gerichtet und im ländlichen Raum nicht andockfähig. Während in
1135 Städten z.B. über Konzepte des fahrscheinlosen ÖPNV diskutiert wird, geht es im ländlichen Raum da-
1136 rum, dass überhaupt Busse fahren und gesellschaftliches Leben möglich ist. Während es in den Städten
1137 gelingt, Angebote neben Ortsverbandstreffen zu gestalten, welche für Jüngere Anlaufpunkte sind, gelingt
1138 es in den Flächenkreisen nur mit viel Mühe und punktuell solche Anlaufpunkte dauerhaft anzubieten.
1139 Ähnlich verhält es sich mit offenen Bürostrukturen, welche in Großstädten funktionieren, im ländlichen
1140 Raum allerdings vollkommen anderes aufgebaut werden müssen. Um eine Partei für ganz Sachsen sein
1141 zu können, brauchen wir die Erfahrungen aus dem ländlichen Raum, brauchen wir die inhaltliche Debatte
1142 zu Perspektiven für die Landkreise. Hier muss die Gesamtpartei Verantwortung übernehmen – inhaltlich
1143 und finanziell.
1144
1145 Von uns als Partei wird erwartet, dass wir mutige Forderungen formulieren und gegen den gesellschaftli-
1146 chen Mainstream bürsten. Viel zu oft lassen wir uns von bevorstehenden Wahlterminen davon abhalten,
1147 genau das zu machen. Wir brauchen wieder mehr Mut zur Vision und mehr Mut zur umstrittenen Forde-
1148 rung.
1149
1150 Es geht bei allem, was wir tun, wie wir uns strukturieren, wie wir diskutieren, um Glaubwürdigkeit. Man
1151 muss uns abnehmen, dass wir anders sind – mit aller Konsequenz.
1152
1153 1. DIE LINKE. Sachsen als sozialistische Partei strebt nach der individuellen Entfaltung eines jeden
1154 Menschen frei von Gewalt, Zwängen und Abhängigkeiten.
1155 2. Die Rahmenbedingungen für diese Freiheit werden durch das Soziale geschaffen. Deshalb bilden
1156 soziale Sicherheit und Solidarität das Leitmotiv der Politik der LINKEN Sachsen auch für die kom-
1157 menden Jahre.
1158 3. Ausgehend davon sind Fortschritt, Gerechtigkeit und Freiheit Orientierungsmarken für die zukunfts-
1159 orientierte Politik der sächsischen LINKEN.

- 1160 4. DIE LINKE. Sachsen unterstützt auf allen Ebenen die vom Bundesparteitag beschlossene Kampagne
1161 „Das muss drin sein!“ entsprechend der regionalen Gegebenheiten.
- 1162 5. DIE LINKE. Sachsen baut auf allen Ebenen die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, globalisierungs-
1163 kritischen und gesellschaftskritischen Initiativen, sozialen Bewegungen, progressiven Menschen aus
1164 Wissenschaft und Kultur und der parteipolitischen Linken aus.
- 1165 6. DIE LINKE. Sachsen tritt offensiv auf gegen Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Rassismus,
1166 Ausgrenzung und jegliche gruppenbezogene Diskriminierung und unterstützt entsprechende Initiati-
1167 ven und Bündnisse und distanziert sich unmissverständlich von Aktivitäten von Rechtspopulisten, Na-
1168 tionalisten, Verschwörungstheoretikern und Antisemiten.
- 1169 7. DIE LINKE. Sachsen setzt einen Schwerpunkt der politischen Arbeit auf die Entwicklung linker Strate-
1170 gien, Politikansätze und Handlungsmöglichkeiten für den ländlichen Raum bzw. für kleine und mittel-
1171 große Städte.
- 1172 8. DIE LINKE. Sachsen diskutiert offensiv die sich aus der weiter fortschreitenden Veränderung der Mit-
1173 gliederstruktur unserer Partei ergebenden Konsequenzen und erarbeitet solidarische Konzepte, um
1174 auf diese Veränderungen angemessen zu reagieren.